





# Rebellion auch im westdeutschen Hitlerlager

## Überall sinkt es nach Korruption — Der Claqueurkampf tobt

Nicht nur in Berlin und Brandenburg, auch in der Hitlerorganisation in Westdeutschland ist großer Ärger. In allen großen Ortsgruppen Köln, Koblenz, Aachen usw. rebellieren die Mitglieder gegen die korrupten Führer vom Schlage der Dr. Ley und Grohe. Funktionäre stellen das Korruptionsmaterial zusammen und verlangen von der Zeitung den Ausschluß ihrer Führer vergeblich. Unser Bruderorgan „Die sozialistische Republik“ in Köln veröffentlichte schon eine Zusammenstellung von Korruptionsaffären, die in einem Briefe eines nationalsozialistischen Funktionärs aufgeführt werden.

Dieser Nazimann stellt fest, daß Beitragselder, Aufnahmegebühren von Köln aus überhaupt nicht nach München abgerechnet werden, daß

### Tausende von Mark unterschlagen worden

sind. Der Gaukassierer Spitzbart kann nicht den Nachweis erbringen über einen Fehlbetrag von 7000 Mark. Ein korrupter Parteiangestellter, dem von diesem Spitzbart die Unterschlagung von 125 Mark aus der Vertofasse nachgewiesen wurde, mußte schließlich entlassen werden. Dr. Grohe, der Oberhauptling der Nazis, stellte jedoch dieses korrupte Subjekt sofort wieder im Verlag des „Westdeutschen Beobachters“ ein. Grohe wird öffentlich von seinen Mitgliedern des Meinesdes, den er beim Offenbarungseid leistete, beschuldigt. Dieser Nazihauptling kam als armer Tagelöhner aus dem Hunsrück und erhielt von den Parteigenossen das Mittagessen gestellt. Jetzt hat sich dieser Kerl durch schwere Korruptionsaffären bereichert und führt ein ausschweifendes Leben. Ley und Grohe wurden von der Organisation beauftragt, die Unterschlagungen der Mitglieder Ley und Boreffem zu untersuchen. Nach der Angabe des Nazimitgliedes Hauptkassierer aus Koblenz, Laubachstraße 42, fanden jedoch die „Untersucher“ mit dem Beschuldigten durch und teilten sich die unterschlagenen Gelder.

Dr. Ley erhält nach den Angaben einiger SA-Leute für jede Versammlung als Referent 50 Mark, außerdem bezieht er ein monatliches Einkommen von 1750 Mark. Damit begnügt sich jedoch, was ein richtiger Naziführer ist, nicht. Von zahlreichen Mitgliedern wird Dr. Ley der schlimmsten Unterschlagung von Parteigeldern beschuldigt. In den Versammlungen, in denen er als Referent auftritt, läßt er durch mitgebrachte Vertraute Sammlungen vornehmen, die natürlich in seine eigene Tasche fließen. So machte er in Koblenz den guten Kampf von 137 M. Als mehrere Mitglieder in einer Versammlung die Aufrechnung verlangten, erklärte Ley, daß er nur 56 Mark eingenommen hätte. Als jedoch sein vertrauter Kellerkassierer sich zu der Angabe bequemte, daß er 116 Mark waren, meinte Ley, daß diese Summe für Auto und Speisen aufgebraucht wurden. Nach einigen Tagen kam jedoch noch die Rechnung für das benutzte Auto, die dann ebenfalls noch aus der Parteikasse bezahlt werden mußte.

In Köln, wo Ley ebenfalls sich auf diese Weise bereicherte, erhielt er von dem Nazimann Hohweide Prügel mit der Hundepelle. Ortsgruppenleiter, die kategorisch die Absehung dieses korrupten Gesellen verlangten, wurden einfach ausgeschlossen. Dem Mitglied Eiter aus Münster in Westfalen gegenüber, das ebenfalls ausgeschlossen wurde, brüstete sich Ley, daß schon drei Ortsgruppenführer hätten springen müssen.

In dem Briefe des Nazifunktionärs, den die „Sozialistische Republik“ veröffentlicht, heißt es wörtlich:

„Ich werde auslegen, daß Dr. Ley ein Lügner, ein Betrüger und Verleumder ist, daß seine Handlungsweise Veranlassung gab, unter anständigen und ernst zu nehmenden Vg. zu sagen, daß Dr. Ley den höchsten Juden an Gemeinheit übertrifft und daß meiner Überzeugung nach Ley, Grohe und ihr Anhang sich gegenseitig bedeu durch wahrheitswidrige Aussagen und vor Meinesdesverleugungen und Meinleiden nicht zurückschrecken.“

Der Major Buch, München, der Vorsitzender des Reichsuntersuchungsausschusses der NSDAP, ist und von all diesen Unterschlagungen von Parteigeldern und Korruptionslandalen unterrichtet ist, hat die Ley und Konjorten gedeckt. Hitler hat erst kürzlich in diesem Claqueurkampf zugunsten der Ley und Co. entschieden. Die Folge davon ist, daß die Rebellion in den einzelnen Ortsgruppen immer weitere Kreise zieht. Die Funktionäre der Hitler-Partei treten an Redakteure der Nichtparteipresse heran und veröffentlichen unter Angabe der einzelnen Zeugen spaltenlanges Korruptionsmaterial. Die „Sozialistische Republik“ hat ebenfalls Originaldokumente, Quittungen usw. in ihrer Hand. Es ist also zu erwarten, daß in den nächsten Tagen noch mehr von diesem Skandal in der Hitler-Partei an die Öffentlichkeit kommt und aus diesem Grunde Abspaltungen von Hitler erfolgen.

## Der Riß im Halentkrenz

Berlin, 5. Juli. (Eig. Meldung.)

In Blatt Otto Strassers werden eine Anzahl von Zuschriften, Uebertritten und Erklärungen abgedruckt aus allen Kreisen der NSDAP, die sich gegen die offizielle Hitler-Bewegung richten. In einem von sieben nationalsozialistischen Führern, darunter ein Mitglied der Gauleitung Württemberg der Hitler-Jugend, dem Gauleiter des Nationalsozialistischen Schülerbundes Schleswig-Holstein unterzeichneten Aufruf heißt es:

„Als faschistische und bürgerliche Partei hat die NSDAP für uns jeden Anspruch verliert, Sachwalter der deutschen Revolution zu sein.“

Der „Vollzugsausschuß“ (?), gezeichnet Buchruder, Strasser, veröffentlicht gleichfalls einen Aufruf, in dem folgende bezeichnende Stellen enthalten sind: „Von den Parteipräsidenten sich zu trennen, in den meisten „Prominenten“ und Parteifunktionäre eine Unmöglichkeit. Darauf hat die Parteileitung nicht zuletzt gebaut. So weit ist ja die Verhöhnung der ministeriellen NSDAP fortgeschritten, daß sie mit diesem erprobten, kapitalistisch-parlamentarischen Mittel glaubte, den Idealismus der Sozialisten (?) in der Partei zugunsten faschistischer Hörigkeit vernichten zu können.“

Der Organisationsleiter der Opposition gibt seine „Anordnung Nr. 2“ heraus, die sich mit dem Vertrieb der Zeitungen beschäftigt. Dabei verrät die „Anordnung“ die Methoden, mit denen die Hitler-Bewegung gegen ihre eigenen Anhänger vorgeht, und schreibt: „Galle, die Parteileitung der NSDAP

ihren Mitgliedern den Bezug unserer Tageszeitung unter Auschlussdrohung verboten, wie dies der Berliner Gauleiter seit Wochen bereits getan hat (!) ...“ Und weiter: „Feststellen möchten wir, daß der Gauleitungsführer Berlins bereits bei der letzten Sportpalastversammlung Anfang Juni den NS. hinausweisen ließ, während „Deutsche Zeitung“, „Nachtausgabe“ und „Volksanzeiger“ verkauft werden durften.“ (!)

## Die Thesen der deutschen Revolution zur kapitalistisch-reformistischen Versuchung

Die Opposition veröffentlicht die aus der Feder Otto Strassers stammenden „14 Thesen der deutschen Revolution“. Abgesehen von den schwülstigen nationalsozialistischen Phrasen über das „Schicksal der deutschen Nation“ enthalten die „Thesen“ teils kapitalistische, teils reformistische Forderungen zu den entscheidenden Fragen des Besitzes der Produktionsmittel,

# Tatsachen über reformistischen Streitbruch

## Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führt die Streitenden

Täglich verbreitet die reformistische und bürgerliche Presse Schwindelmeldungen über den Streik in Nordwest und Verleumdungen gegen die RGD und die roten Betriebsräte. Der Zweck ist klar, die Streikfront soll geschwächt werden, die Arbeiter im Reich sollen abgehalten werden, die Lohnabbauroffensive des Unternehmertums mit dem Kampf zu beantworten.

Den Schwindelmeldungen der SPD-Presse stellen wir Tatsachen gegenüber:

### Bergelshütte-Duisburg:

Die SPD-Fraktion des DMB beschloß, den Streik zu sabotieren, die reformistische Bürokratie und die sozialdemokratischen Funktionäre handelten dementsprechend.

Der rote Betriebsrat Salemsa brachte die Belegschaft in eine Streikfront, löste den Kampf aus und wurde vom Unternehmer gemahregelt.

### Gahnische Werke-Großenbaum:

Die reformistischen und christlichen Funktionäre stemmten sich gegen die Stilllegungen der Weilerungen.

Der rote Betriebsrat Neubauer führte im Betrieb eine Versammlung durch, zog von einer Abteilung in die andere, errichtete eine kämpfende Front. Er ist gemahregelt.

### Thyssen-Werke-Duisburg:

Die reformistischen Funktionäre und Betriebsräte taten nichts, um die Arbeiter in den Kampf zu führen; sie stimmten der Mahregelung des roten Betriebsrates Brandner zu. Unter Führung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Meier werden die Arbeiter aus ihren Wohnungen zur Arbeit geholt.

Der rote Betriebsrat Brandner trat entschieden für den Streik ein und wurde dafür gemahregelt. Die RGD mobilisierte Massen als Streikposten zur Abwehr des reformistischen und christlichen Streikbruchs.

## Internationale Tagung der Negerarbeiter in Hamburg

Hamburg, 8. Juli. Die Konferenz der Negerarbeiter, die am 1. Juli in London stattfinden sollte, aber von Macdonalds „Arbeiter“regierung verboten wurde, hat in Hamburg begonnen.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen die Fragen der Zwangsarbeit, der Pöbelgesetz, der Kriegsgefahr und ihrer Folgen für die werktätigen Neger und anderes.

Zur Konferenz sind trotz unglaublicher Polizeischikanen Delegierte aus Nigeria, Südafrika, der Goldküste, Sierra Leone, Senegal, Gambia, aus den ehemaligen deutschen Gebieten Äthiopien, ferner aus den Vereinigten Staaten und aus Trinidad eingetroffen. Alle Delegierten sind von großer Begeisterung, Solidarität und Kampfeswillen gegen die imperialistische Ausbeutung erfüllt.

James Ford vom vorläufigen Gewerkschaftsausschuß der Negerarbeiter leitet die Tagung. Die Konferenz wählte Delegierte aus Gambia, Nigeria, Sierra Leone und den Vereinigten Staaten ins Präsidium, zu Ehrenvorsitzenden die im Zuchthaus von Atlanta schmachtenden Storey und Brody, ferner Ngula (Südafrika) und Harry Thupa (Kenya). Die Konferenz wird zehn Tage dauern.

## Die weiße Pest im Rheinland

### Sie wütet mit Hilfe der Waentig-Polizei

Erler, 8. Juli. Hier kam es gestern nachts wiederum zu blutigen Übergriffen der faschistischen Mordbanden gegen Separatisten. Um Mitternacht fanden auf ein verabredetes Zeichen, an fünf verschiedenen Stellen der Stadt Ueberfälle statt. Etwa 1000 Personen unter nationalsozialistischer Führung härmten ein Garthaus, schlugen Fenster und Türen ein und warfen die Möbel auf die Straße und in die Mosel. Die Polizei war in geringer Stärke erschienen und ließ die Banden gewähren. Erst als sie ihre „Arbeit“ verrichtet hatten, wurden größere Schutzabteilungen zusammengezogen.

Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß wir nichts für die Separatisten übrig haben, und daß die Kommunisten diese in Zukunft ebenso bekämpfen werden, wie bisher. Aber das kann uns nicht hindern, die feigen Mordbände der nationalsozialistischen

des Krieges und der Klassen überhaupt. Sie sind eine Bekätigung für die von uns immer wieder aufgestellte Tatsache, daß die Opposition nur mit verbesserten Methoden die Arbeiter nationalsozialistisch und faschistisch zu versetzen sucht. Die sozialen, rabidial klingenden Phrasen dienen zur Verschleierung dieses Ziels.

(Wir werden auf diese Thesen noch näher eingehen.)

## Stahlhelmsverbot wird aufgehoben

Berlin, 8. Juli. Die bürgerliche Presse meldet, daß die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Preussischen Regierung über die Aufhebung des Stahlhelmsverbotes in Rheinland und Westfalen so weit gediehen sind, daß schon in den nächsten Tagen, „möglichst bis zum Beginn der offiziellen Rheinlandfeiern“, das Verbot aufgehoben wird. — Die Selbst-Garden können dann gleich gemeinsam mit dem Hirsing-Reichsbanner die im „befreiten“ Gebiet vorgesehene Sündenburg-Parade mitmachen.

Die Aufhebung des Stahlhelmsverbots durch die sozialdemokratische Preußenregierung zeigt der Arbeiterkchaft wieder einmal die Faschistenfreundlichkeit der SPD-Führer. Dieselben SPD-Minister, die jetzt im Begriffe sind, das Stahlhelmsverbot aufzuheben, haben mit aller Gewalt das Verbot der proletarischen Wehrorganisation, des Roten Frontkämpferbundes, betrieben und führen den brutalsten Justiz- und Polizeiterror gegen die Rote Front durch. Das ist Sozialfaschismus in Reinkultur

### Mülheim:

Die christliche, reformistische Bürokratie und syndikalistischen Funktionäre forderten in Mülheim die Wiederaufnahme der Arbeit.

Die RGD organisierte die Massen zum Streikpostenstreik und versuchte alles, den Sieg der Arbeiter herbeizuführen.

### Bochumer Verein:

Der Sozialdemokrat Böhm verhinderte den Streik, indem er sagte: „Wer nach dem 1. Juli streikt, wird zum Schaden-erfah herangezogen.“

Die RGD faßte alle Belegschaftsmitglieder zusammen, wählte Kampfleitungen in den Betrieben. Unter Führung der roten Betriebsräte steht die Abteilung Geschloßbau in geschlossenener Front im Streik.

### Krupp-Essen:

Der reformistische Betriebsrat Hinzgen sagte den Arbeitern, als sie am 2. Juli in den Kampf treten wollten: „Ja, jetzt seid ihr 48 Stunden zu spät gekommen, jetzt hat's keinen Wert mehr.“ Ebenso empfahl der reformistische Betriebsrat Bergmann im Lohbau den 150 Streikenden, die Arbeit aufzunehmen, weil alles aussichtslos ist.

Der rote Sprecher vom Lohbau Krupp trat hinter die Arbeiter und wurde hierfür gemahregelt.

### Sozialdemokraten vermitteln Streikbrecher

Das Arbeitsamt Essen hat 16 Arbeitstreikbrecher in die Gleise 5/7 geschickt. Als 2. Vorsitzender dieses Arbeitsamtes sieht hier der ehemalige DMB-Betriebsrat Sozialdemokrat Weimann. Unter Führung des Sozialdemokraten Schrader hat die Polizei Nazis als Streikbrecher in den Betrieb begleitet.

Unter Führung der RGD, haben Streikposten sechs dieser vom Arbeitsamt Vermittelten von der Schändlichkeit ihres Verhaltens überzeugt, die Arbeiter haben sich unter Führung der RGD dem faschistischen Polizeiterror entgegengestellt.

„Ahnlandbefreier“ aufzudecken und mit aller Schärfe anzuprangern.

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß die Waentig-Polizei, die Polizei der Traditionen des 19. Jahrhunderts, durch ihre Haltung die Mordbanden geradezu ermutigt. Gegen die weiße Pest im Rheinland wird mit Glacéhandschuhen vorgegangen; Arbeiter werden bei Demonstrationen und Kundgebungen rücksichtslos über den Haufen getraut. Die Arbeiterschaft wird den faschistischen Terrorbänden das Handwerk zu legen wissen.

## Sachsens SPD schlägt Ministerpräsidenten vor

### Alles für Ministerstempel

Dresden, 8. Juli. Die Landesinstanzen der SPD, Sachsens und die sozialdemokratische Landtagsfraktion haben beschlossen, auf Grundlage ihres im März aufgestellten Programms die Regierung unter ihrer Führung zu übernehmen und innerhalb mit anderen Parteien zu verhandeln. Sie schlagen als Ministerpräsidenten den Reichstagsabgeordneten Eppinger vor.

Wir haben bereits gestern an der Hand eines Zitats aus der sozialdemokratischen „Reichner Volkszeitung“ gezeigt, daß das Programm ein Programm des Kuhhandels mit den bürgerlichen Parteien zu Verschacherung der Arbeiterinteressen für Ministerstempel ist.

Die demokratische Presse spricht bereits offen von einem Kabinett Eppinger, begrüßt den Entschluß der „linken“ Arbeitervertreter und erachtet die Koalitionsregierung bereits als ziemlich sicher stehend.

Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiter wird es nun sein, gemeinsam mit den revolutionären Arbeitern gegen ihren verräterischen Führerkriegel zu kämpfen.

## 29 500 Mark Staatspension für Moldenhauer

Der schwerreiche Vertrauensmann der IG-Farben und gewesene Reichsfinanzminister Moldenhauer hat eine Pension von 29 500 Mark jährlich gefordert. Diese Summe verlangt er, weil er einige Monate Minister war und selbstverständlich seiner Forderung entsprechen werden. Moldenhauer hat ja auch große Verdienste. Er hat während seiner Tätigkeit den Abbau der Arbeitslosenunterstützung nach rechts gefördert und seine Partei ist es, die die hungernden Arbeitslosen häufig als „Staatspensionäre“ bezeichnet.



# Die Finanzierung der Intervention gegen die Sowjetunion

Während die bürgerliche Presse immer nachdrücklicher den Ruf nach finanzieller Blockade der Sowjetunion erhebt, um den friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Landes der proletarischen Diktatur zu stören, geht der Völkerbund dazu über, die Reserven des internationalen Finanzkapitals für die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Weltkriegs zu mobilisieren. Auf Englands Initiative hin reichte die finnische Regierung dem Völkerbund einen Antrag ein, der die finanzielle Unterstützung „angegriffener oder vom Angriff bedrohter Staaten“ vorsieht.

In jahrelanger emsiger Arbeit hinter den Kulissen hat das Finanzkomitee des Völkerbundes nunmehr eine aus 30 Artikeln bestehende Konvention über die Finanzhilfe ausgearbeitet, die vom Sicherheitskomitee des Völkerbundes ausgerechnet an dem Tage angenommen wurde, an dem auch der Vertrag über die „Kriegsverstärkenden“ Mittel und das Projekt zur Schaffung einer Weltflotte zur Annahme gelangte. Die kommende Herbsttagung des Völkerbundes dürfte die für die Dauer von zehn Jahren berechnete Konvention endgültig bestätigen, so daß die Subventionierung kriegsführender Länder durch den Völkerbund gesichert wäre.

Die vorliegende Konvention läuft darauf hinaus, kriegsführenden Mitgliedern des Völkerbundes eine Kriegsanleihe zu gewähren, die nicht nur von dem kriegsführenden Staat und den Mitgliedern des Völkerbundes garantiert wird, sondern auch von „besonders finanzkräftigen Staaten“, worunter man zweifellos die Vereinigten Staaten von Amerika zu verstehen hat. Die Höhe dieser Kriegsanleihe wird bezeichnenderweise nicht genannt, doch rechnet man mit einer Gesamtsumme von 50 Millionen Pfund Sterling (eine Milliarde Mark), eine Summe, die für die Finanzierung der westlichen Nachbarländer der Sowjetunion ausreichen würde. Die technische Durchführung der Konvention soll der Weltreparationsbank in Basel übertragen werden, die damit zur Kriegskasse des Weltimperialismus wird. Mit Hilfe der hier konzentrierten Gelder des internationalen Finanzkapitals wird es dem Völkerbund jederzeit möglich sein, jeden gegen die Sowjetunion kämpfenden Staat zu finanzieren.

Die kriegsfördernde und sowjetfeindliche Tendenz der geplanten Finanzierungsmaßnahmen geht vor allem aus den Bestrebungen der imperialistischen Großmächte hervor, die Finanzierung als eine der Sanktionsmaßnahmen des Völkerbundes anzuwenden.

Wie der Völkerbund Truppen, Kriegsschiffe, Bombenflugzeuge und Kriegsmaterial für die Durchführung seiner Intervention zur Verfügung stellen wird, ebenso will er die Finanzierung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion rechtzeitig sichern.

Der Völkerbund will nicht nur einen sich bereits im Kriegszustand befindenden Staat finanziell unterstützen, sondern darüber hinaus auch den nur „bedrohten“ Staaten Rüstungskredite einräumen. Die westlichen Nachbarländer der Sowjetunion, die ihre umfangreiche Rüstungspolitik schon seit Jahren mit dem drohenden Angriff der Roten Armee begründen, können auf Grund der Völkerbundkonvention über die Finanzhilfe schon in Friedenszeiten Rüstungskredite beantragen, was aus folgenden ausführlichen Ausführungen des H. H. Hiltunen im „Baltischen Handbuch 1930“ hervorgeht:

Als Ausgangspunkt der Konvention diente die Tatsache, daß gewisse kleinere Länder so wenig Rohstoffe besitzen und auch über zu wenig zur Fabrikation von Kriegsmaterial fähige Industrieanlagen verfügen, daß sie im Kriegsfall außerstande wären, die nötige Menge von Kriegsmaterial selbst herzustellen. Wenn sie ihre Sicherheit nicht gefährden wollten, müßten sie deshalb schon in Friedenszeiten beträchtliche Mittel zur Beschaffung der nötigen Rohstoffe, zur Gründung von Munitionsfabriken oder direkt zur Aufstockung fertigen Kriegsmaterials aufbringen.

Der Völkerbund beschäftigt sich intensiv mit dem Problem der Finanzierung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion; das beweisen die hier angeführten Tatsachen mit aller Deutlichkeit.

# „Nieder mit dem finnischen Faschismus“

## Zusammenstöße der Arbeiter mit den Lappo-Männern — Protestaktion in Schweden und Lettland

Helsingfors, 8. Juli. Beim Aufmarsch der Lappo-Faschisten in Helsingfors ist es wiederholt zu Zusammenstößen mit der Arbeiterschaft gekommen, die Massenandebungen gegen die faschistische Diktatur veranstalteten. Wo die Mänter der Lappo-Männer sich in der Nähe der Arbeiter versammelten, wurden sie mit Steinen beworfen. Die Helsingforser Polizei hat auf Grund dieser Gegenaktion der Arbeiterschaft die letzte kommunistische Denkmal- und das Gebäude der Arbeiterkulturorganisationen geschlossen.

## Antifaschistische Kundgebungen

Stockholm, 8. Juli. In Stockholm veranstaltete die revolutionäre Arbeiterschaft eine Protestkundgebung gegen den Lappo-Faschismus. Als der finnische Kommunist, Rechtsanwalt Viffer Salo, das Wort ergriff, wurde er von schwedischen Polizisten ergriffen und nach dem Polizeipräsidium geschleppt. Gegen diese Hilflosigkeit der schwedischen Bourgeoisie für die

faschistische Diktaturregierung in Finnland demonstrierten die Arbeiter vor dem Polizeipräsidium.

Den nach Stockholm zu Besuch eintreffenden Mitgliedern des finnischen „Schuhkorps“ bereiteten die schwedischen Arbeiter ein antifašistisches Willkommen. Eine große Anzahl von Demonstranten fuhr auf das offene Meer hinaus mit Plakaten, auf denen es hieß: „Front gegen die Lappo-Lente!“ und „Nieder mit den Arbeitermördern!“ Die von den Leuten der Schuhkorps besetzten Boote wurden mittels schwedischer Polizeikutter geschützt. Der Kai war von Polizisten abgesperrt. Dennoch kam es auf den Straßen zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Schuhkorpsleuten. Drei Arbeiter wurden verletzt.

In Riga (Lettland) fand vor dem finnischen Konsulat als Protest gegen die faschistische Bewegung in Finnland eine Demonstration statt. Die Demonstranten zerlegten die Fenster Scheiben und schrieben auf die Mauern des Gebäudes Slogans, wie: „Es lebe die USA!“ „Nieder mit den faschistischen Bluthunden!“

# Kampftongreß der amerikanischen Erwerbslosen

## Troß polizeilicher Hejagd 1600 Delegierte in Chicago — Massenkundgebung als Auftakt

New York, 8. Juli. In Chicago wurde die Reichskonferenz der Erwerbslosen der Vereinigten Staaten von Amerika eröffnet. Troßdem die Behörden die Konferenz verboten und angedroht haben, daß die zur Konferenz erscheinenden Erwerbslosen als Landstroläher behandelt und verhaftet werden, sind 1600 Delegierte aus allen Staaten der USA erschienen.

Als Auftakt zur Konferenz fand eine Massenkundgebung der Chicagoer Arbeiterschaft statt, an der sich 12 000 Personen beteiligten. 5000 Polizisten unternahmen einen Kullpfeilangriff und führten mit Motorrädern in die Menge hinein. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Kongreß nahm ein Programm für die Organisation von Erwerbslosenräten, für den Kampf um Erwerbslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer, um die 35-Stundenwoche und gegen die Hejarbeit an. Der 1. September wurde zum Reichserwerbslosentag bestimmt. Es wurde beschlossen, die nächste Reichskonferenz im Oktober abzuhalten. Schließlich wurde ein Polizugsauschuß aus 38 Mitgliedern, darunter acht Negern, gewählt.

wurde infolge der Aktivität des USA-Berühmten „Strom“ und des britischen Berühmten „Lil“ von den kommunistischen Truppen geräumt werden.

## Neue Kundgebungen in Puna

London, 8. Juli. Die indische Bevölkerung von Puna befindet sich infolge der letzten Strafenkämpfe mit der Polizei in größter Erregung. Das Verbot sämtlicher Versammlungen wurde mit einer gewaltigen Protestdemonstration beantwortet, an der sich mindestens 15 000 Jnder beteiligten. Als die Polizei den Versuch machte, die verbotene Kundgebung auseinanderzuschlagen, wurde sie von der Menge geschlagen. Die Behörden halten englisches Militär in Bereitschaft.

## Wieder Kurdenaufstand

London, 7. Juli. An der persisch-türkischen Grenze sind die Kurdenstämme wieder einmal gegen die türkische Regierung in den Aufstand getreten. Die Zahl der Aufständischen wird auf 10 000 Mann geschätzt. Bisher sollen sie bereits mit modernen Waffen (!) drei türkische Flugzeuge abgeschossen haben.

Wie bei allen bisherigen Kurdenaufständen wird die Bewegung auch diesmal von England gekürt, das seit Jahren alle Hebel in Bewegung setzt, um der türkischen Regierung wegen ihres Vertrages mit der Sowjetunion Schwierigkeiten zu bereiten.

Bei den Kongreßwahlen in Mexiko kam es in mehreren Orten zu schweren Zusammenstößen. In Mexiko-Stadt allein wurden fünf Personen getötet und dreißig verletzt.

## Vordringen der roten Truppen in Mittelhina

Schanghai, 8. Juli. In der Gegend von Schanghai entfalten die roten Truppen eine erhebliche Aktivität. Wie verlautet, ist die Stadt Schanghai umzingelt. Auch auf dem anderen Jangtse-Fluss haben die roten Truppen Stellungen bezogen. Gegen die roten Streitkräfte bearbeitetes Militär wurde durch den Gegenangriff zum Rückzuge gezwungen. Ueber Schanghai wurde der Belagerungszustand verhängt. Die japanischen Einwohner wurden auf einem japanischen Kriegsschiff untergebracht.

Die Gegend von Jotshou-fu und Tschenglin



Sobrygt by Internationaler Arbeiterbeveg, Berlin.

### 7. Fortsetzung

Die Täden waren fest verarrangiert, die Vorhänge dicht zugezogen und die Bewegungen der Füße im Zimmer vorsichtig und leise, als hätte man Angst, jemand aus dem Schlaf zu wecken oder ihn zu erschrecken.

Man sprach flüsternd, als wollte man die Stimme der Kehle nicht entschlüpfen lassen: „Also Genossen, die Konterspionage schießt einen ihrer besten Offiziere nach Moskau. Ihr Nachrichtenendienst war bis jetzt unzulänglich, die Verbindungen, die sie hatten, wurden oft unterbrochen.“

„Die Tscheka scheint auch nicht schlecht zu arbeiten.“

„Wen schicken sie denn hin, Wassja?“

„Ich kenne ihn sehr gut. Es ist der Offizier, mit dem ich in ständiger Verbindung stehe. Es ist mein Freund aus dem Gymnasium. Wir müssen sofort unsere Genossen davon verständigen.“

„Ich habe auch etwas Neues mitzuteilen. Neben der Fabrik, in derselben Straße, in der ich wohne, wohnt der Oberst Smiltow. Er ist der Kommandant unseres Fabrikviertels. In meine Mutter ist er rein vernarrt, weil sie sich so oft betruagt und sogar im Schlaf von Jesus spricht. Dieser Oberst Smiltow gibt mir einen Passierschein für außerhalb der Stadt. Wir müssen diesen Passierschein unbedingt dafür ausnutzen, um mit den Partisanen in Verbindung zu treten.“

Wassja erhob sich vom Stuhl und sah streng den Mann an, der vom Passierschein gesprochen hatte:

„Die Partisanen — das ist eine Sache für sich. Daß man jemand zu ihnen schicken muß, daran ist kein Zweifel.“

Man diskutierte eine Weile, dann fragte Wassja: „Was meinst du, Mitola, soll man jemand hinschicken?“

Mitola drehte seine Mahorkazygarett zu Ende, benehkte sie mit seiner Zungenpitze und liebte sie zu: „Was willst du eigentlich damit sagen? Du willst mir wohl einen Vorwurf machen, weil ich mich so viel mit der Partisanenbewegung befaße? Ich werde mich natürlich den Beschlüssen des Komitees unterwerfen. Ich bin aber der Meinung, daß wir die Partisanen nicht aus den Augen lassen dürfen.“

„Davon ist keine Rede. Über jetzt sind wir bei einer wichtigeren Sache. Ich bekam gestern einen Brief von den Unseren. Es wurde ein sibirisches Komitee der Partei gegründet, das seinen Sitz hart an der Grenze hat. Die dortigen Genossen fordern uns auf, mit ihnen Verbindung aufzunehmen und regelmäßig über alle Vorgänge zu berichten.“

„Hört mal, Genossen. Wir müssen unsere „Schwerhörige“ besser ausnutzen. Sie spielt ihre Rolle ausgezeichnet. Das ganze Haus ist fest davon überzeugt, daß sie taub ist, und mich halten alle für ihre Tochter. Sie kann jetzt leicht mit allen denen in Verbindung kommen, die wir brauchen. Der Offizier, der bei uns wohnt, fährt weg, wir müssen unbedingt dafür sorgen, daß ein anderer an seiner Stelle bei uns einzieht. Ich bitte um eure Zustimmung, daß der Leutnant Popoff in unser freierwerdendes Zimmer einzieht.“

Wassja schlug leise auf den Tisch. „Einen Augenblick, eins nach dem anderen. Mitola übernimmt die Verbindung mit dem sibirischen Parteikomitee. Du mußt sofort eine Gruppe organisieren und jedem von der Gruppe eine bestimmte Funktion geben, damit wir den Nachrichtenendienst systematisch durchführen können.“

Es klopfte dreimal leise an den Fensterladen.

Zelena stand auf, sah erschrocken im Kreis herum und ging leise aus dem Zimmer. Alle schwiegen, sahen auf den Tisch und horchten angestrengt auf das Geräusch von nebenan.

Plötzlich hörte man einen freudigen Ruf: „Frauenstimme und einen unerdühten Ausruf: „Jascha, seit wann bist du hier?“

Alle sprangen wie auf ein Kommando von ihren Sätzen auf und drängten sich zur Tür.

Im Türrahmen erschien ein großer stämmiger Mann mit Bart, der wie ein Kaufmann aussah.

„Woher kommst du, Jascha?“ fragten alle durcheinander und stürzten sich auf ihn.

„Ich komme von weither, aber davon erzähle ich euch später. Ich komme in einer wichtigen Angelegenheit.“

„Gut, setz dich einen Augenblick. Wir haben noch einige Punkte zu erledigen und gehen dann woanders hin.“

Die Sitzung wurde fortgesetzt.

Wassja brachte die Angelegenheit mit General Wassiljtschikoff zur Sprache. Es entspann sich eine lebhaft Diskussion. Von allen Seiten wurde diese Sache erwogen, die Diskussion lief heftig hin und her, und endlich beschloß man: „Eine ablehnende Antwort konnte man nicht geben, aber alle einlaufenden Nachrichten, die Wassja an den General weitergeben sollte, mußten vorher mit allen besprochen werden.“

Zelena fragte noch einmal, ob man dem Leutnant Popoff Wanjass Zimmer vermieten solle.

Es wurde beschlossen, mit dem Leutnant Popoff in Verbindung zu bleiben, aber diese Verbindung solle die „Schwerhörige“ aufrecht erhalten. Zelena solle in Zukunft vorsichtiger sein und sich mit Popoff nicht auf der Straße zeigen, denn die illegalen Genossen können leicht einen falschen Eindruck bekommen, wenn sie Zelena mit Popoff sehen.

Inzwischen war es schon 11 Uhr nachts geworden. Man ging auseinander. Als letzte verließen Wanjass und Jascha das Zimmer. „Du siehst sehr schüchtern aus. Für einen Illegalen geht das nicht an. Man kommt durch eine solche ärmliche Kleidung leicht in Verdacht.“ „Wie du wohl gemerkt hast, leiste ich trotzdem nicht wenig illegale Arbeit“, sagte Wassja und lachte. — „Was ich dir noch sagen wollte. Wir leiden hier an großer Geldknappheit, und einen größeren Posten kann ich im Semstwo nicht übernehmen, das würde mir zu viel Zeit rauben und mich von der Arbeit abhalten.“

„Ich habe Geld mitgebracht.“

„Woher hast du es?“

„Wir haben eine Bank expropriert. Ich mußte deshalb vorübergehend von dort verschwinden.“

„Wirst du längere Zeit hierbleiben?“

„Das hängt vom hiesigen Komitee ab. Ich halte es wichtig, daß wir die Verbindung mit den Partisanen aufrecht erhalten. Mitola brauchen wir unbedingt für die Verbindung mit Moskau. Wir müssen ihn isolieren; damit er ein „Neutraler“ ist.“

„Gut.“

(Fortsetzung folgt)



# Rund um den Erdball

Der schiefe Turm will kippen Medizinische Bonzen halten zusammen wie Pech und Schwefel



Der weltbekannte schiefe Turm zu Pisa, der, wie sorgfältige Messungen ergaben, sich ständig mehr und mehr nach einer Seite neigt, soll nunmehr durch starke Zementeinlagen widerstandsfähiger gemacht werden. Die größte Gefahr des Turmes bildet das Wasser, das in den Grund eingesickert ist und nunmehr die Fundamente auflockert. Unser Bild zeigt die Rettungsarbeiten. Große Hoffnungen, das alte Bauwerk zu retten, hat man allerdings nicht.

## Schutz für ärztliche Mörder

Lübeder Eltern durch die Vertuschungsversuche des Reichsgesundheitsamtes im offenen Aufruhr

Lübeck, 8. Juli. Während die Erregung der tiefungelassenen Lübeder Eltern über das unerbittlich fortschreitende Massensterben von Tag zu Tag durch neue Unglücksmeldungen bis ins Unerträgliche steigt und in offenen Aufruhr umzuschlagen droht, setzen die vom Reichsgesundheitsamt zur Untersuchung nach Lübeck beorderten medizinischen Bonzen mit zynischer Frechheit ihre Vertuschungsversuche fort. Die famose Standesehre und die heilige Autorität der amtlich abgestempelten Ärzte stehen auf dem Spiel! Staatlich abgestempelte Ärzte sind keine Fahrlässigkeit fähig! Also muß eine tatsächlich vorgekommene Fahrlässigkeit vertuscht werden. Die medizinische Standesehre erfordert es und wenn hundert proletarische Säuglinge darüber ins Grab sinken.

Bereits vor einigen Tagen behaupteten wir, daß das bisherige Untersuchungsergebnis für ein proletarisches Gericht längst genügen würde, die Mörder von jetzt 53 proletarischen Säuglingen zu verhaften. Doch das Reichsgesundheitsamt, also das oberste Amt der deutschen Republik, das über Wohl und Wehe seiner Bürger wachen soll, denkt nicht im Traum daran, die ärztlichen Mörder hinter schwebende Gardinen zu stecken.

Für das Reichsgesundheitsamt sind die Darlegungen Professor Dr. Handels, der bekanntlich kein „persönliches Verschulden“ in Lübeck festgestellt hat, unbeschönigt maßgebend.

Jetzt tritt nun auch der zweite vom Gesundheitsamt nach Lübeck zur Untersuchung beordnete Wissenschaftler, also Professor Dr. Ludwig Lange vom Robert-Koch-Institut schühend vor den Lübeder Bürger, Professor Deyde. Er hat unter dem Datum vom 5. Juli an Deyde einen Brief gerichtet, in dem er ihn sozusagen tröstet, daß Berliner Blätter „nicht objektive“

und „tendenzlose Darstellungen“ gebracht haben. Die amtliche Pressekonferenz sei von der Presse zum Teil „falsch“, zum Teil entstellt oder unvollkommen wiedergegeben worden. Nur die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, also das Blatt der Schwerindustrie, habe mit ihrer Meldung recht, daß „die Nachprüfung der Ursachen des Säuglingssterbens noch nicht abgeschlossen sei“. Insbesondere bestreitet Professor Lange, daß die Schuldfrage „wie einige linksstehende Blätter behaupten, bereits geklärt sei.“ (!)

Wie man also mit aller Deutlichkeit sieht, schmieden diese Herren, die vom Reichsgesundheitsamt beordert sind, Klarheit in diesen größten medizinischen Skandal der Welt zu bringen, ein regelrechtes Komplott, um das Verbrechen zu vertuschen.

Die Lübeder Elternschaft, die mit größtem Mißtrauen dieses dunkle Treiben medizinischer Bonzen betrachtet, wird in den nächsten Tagen durch eine Delegation beim Reichsinnenministerium in Berlin protestieren.

Im Namen der kletternden Eltern und im Namen der gesamten deutschen Arbeiterschaft wird sie nicht eher wieder von Berlin fortgehen, bis sie die Gewähr hat, daß das Reichsgesundheitsamt tatsächlich in äußerster Schärfe die Klärung des verdrähten-leichtsinnigen Bazillenmordes einleitet.

Inzwischen kommen immer neue Floßmeldungen aus den Lübeder Krankenhäusern. 20 Säuglinge werden, aller ärztlichen Voraussicht nach, in den nächsten Wochen noch das Schicksal der 53 bereits hingemordeten teilen müssen. Aber damit nicht genug, befrüchten Ärzte, daß alle Säuglinge, die mit dem Gasmutter-Schutztrah gefüttert worden sind, im Laufe der nächsten Jahre eins nach dem andern langsam aber sicher hinsinken werden.

## Die Heide brennt

300 Morgen Moor und Heide in Flammen

Stade, 8. Juli. Am Montag nachmittag wütete im Nhlen-Galtenberger Moor ein Brand, durch den über 300 Morgen Moor und Heidebestand vernichtet wurden. Der Brand nahm von einem unangelegten Wege in der Nähe des kultivierten Moores seinen Ausgang und breitete sich bei dem herrschenden Winde mit rasender Schnelligkeit aus. Sämtliche Inassen des Nhlenzer Gefangenenlagers, die hier zu Kultivierungszwecken verwandt werden, wurden zum Vöischen aufgeboten. Es gelang schließlich, das Riesenfeuer kurz vor dem Waldbestand einzuklämmen.

## Wie sag ich's meinem Kinde

Diese Frage, die natürlich auf die sexuelle Aufklärung hinführt, bereitet besonders unjeren Pfaffen und deren Schäflein viel Kopfschmerzen und manche schlaflose Nacht. Um diesem tiefempfundnen Uebelstand abzuhelfen, hat sich eine fromme Mutti hingelegt und sozulagen einen Leitfaden ausgearbeitet, an Hand dessen andere fromme und „schampvolle“ Muttis ihre Buben und Wäbchen in christlichem Sinne aufklären sollen. Hermine Thedy heißt diese Mutti, die es ihrem Kinde sagt und wie, zeigt die folgende Kostprobe aus ihrem Leitfaden: „Das Büchlein von Mutter, Kind und Gott.“ Hermine Thedy macht's also so:

„Dein Lieblich soll gebadet werden. Wenn ihr eingetreten seid, schließt du den Kiegel der Tür vor und schließt's so das Zimmer ab. Einmal wird dich dein Kind fragen: „Mutter, warum schließt du die Tür zu, wenn ich gebadet werde? ...“ Du sprichst: „Jetzt ist mein liebes Kindlein ganz naht und bloß. Und so ein nahtes Kind darf von gar niemandem gesehen werden, als vom lieben Gott, der alles sieht, und von der Mutter, die ihr Kindlein pflegen muß. ... Aber kein neugieriger Mensch darf deinen bloßen Körper sehen, und ein braves Kind schaut auch selbst seinen Körper nicht an mit neugierigen Augenlein. Ein braves Kind gibt immer gut acht darauf, daß sein Körper nicht aufgedeckt ist; daß es beim Aufstehen und Schlafengehen die Knie recht schön zudeckt mit dem Hemdlein; daß die Geschwisterchen oder andere Kinder beim Spielen nicht dahintersehen können, wo ich jetzt meine Hand hinglege.“ — Eine Mutterhand ist so heilig und meint es so gut mit ihrem Kinde, daß sie es ruhig wagen kann, bei einer solchen Belehrung die Körperstelle für einen Augenblick zu bedecken, die das Kind sorgfältig vor jedem Menschenbild zu verhüllen hat. ... Fahre dann fort: „In deinem kleinen Herzen, Kind, ist eine Stimme, die sagt dir deutlich: man darf sich da ... nicht berühren. Kinder, die nicht auf diese Stimme hören und es doch tun, nennt man unshamphafte Kinder. So nennt man sie, weil sie sich eigentlich schämen müßten vor dem lieben Gott, der alles Böse sieht, das ein Kind tut — und weil sie sich nicht schämen, so etwas anzusehen, anzurühren.“

Soweit die fromme Mutti Hermine. Ob der „süße Bubi“ oder das „herzige Wäbchen“, nachdem sie diese schmalzige, heuchlerische und verlogene Predigt gegessen haben, um einen Grad schlauer geworden sind, beweisen wir allerdings. Aber das ist ja letzten Endes auch der Zweck der christlichen „Aufklärung“: Um Gottes willen dem Kinde keine vernünftige, naturgemäße Erziehung zuteil werden lassen. Denn selig sind die Einseitigen, denn sie werden auf ewig willige und billige Arbeitskräfte bleiben.

## Der Vesuv in Tätigkeit

Am 7. Juli erfolgte wieder einmal ein Ausbruch flüssiger Lava aus dem Auswurfkegel des Vesuvus, der von starken Explosionen und dem Auswurf glühender Schladen begleitet war. Stundenlang dauerte der Auswurf. Die Lava trat sich in den nordwestlichen Abhang des Kraters ergossen und sämtliche kleineren Öffnungen ausgefüllt.

## Voreinem neuen Ozeanflug

Der Ruhm Kingsford Smiths hat die französischen Piloten Costes und Bellonte nicht schlafen lassen. Sie beabsichtigen nunmehr mit ihrem hier gezeigten Flugzeuge „Fragezeichen“, mit dem sie im vorigen Jahre einen Langstreckenweltrekord aufgestellt haben, in den nächsten Tagen von Paris nach New-York zu starten.



## Flugboot-Katastrophe auf der Ostsee

Nach der Notlandung beim Bergen gefentert — Drei Insassen vermißt

Das am Montag nachmittag zum regelmäßigen Flugdienst Stettin—Stockholm gestartete zweimotorige Dornier-Wal-Flugzeug „D 864“ wurde über der Ostsee von einer Motorschoner betreffen, wodurch das Boot gezwungen wurde, niederzugesinken. Bei dem Versuch, das Flugboot durch einen Motorschoner, der zufällig in der Nähe war, zu bergen, kenterte es infolge des hohen Seeganges, wodurch alle acht Insassen ins Wasser fielen.

Durch den hohen Seegang gestalteten sich die Rettungsarbeiten äußerst schwierig. Zuverlässige Mitteilungen über das Schicksal aller Passagiere stehen noch aus. Sicher ist nur bisher, daß der Motorschlepper den Flugzeugführer, den Bordmonteur und einen schwedischen Passagier gerettet hat, die zur Zeit im Krankenhaus in Negö auf Bornholm untergebracht sind. Nach einer weiteren Meldung an die Deutsche Luftkassa besteht die Wahrscheinlichkeit, daß zwei weitere Passagiere von einem in der Nähe befindlichen Dampfer aufgenommen worden sind. Ueber das Schicksal der übrigen heißt es nur, daß sie gleichfalls von Dampfern geborgen werden konnten.

Auch über den direkten Hergang des Unglücks gehen die Meldungen noch stark auseinander. Jetzt steht nur, daß das Unglücksflugboot pünktlich um 14.30 Uhr per Funkpruch gemeldet hat, daß es das Festland bei Misdropp verlassen hat. Programmäßig hätte der Bordfunker etwa eine halbe Stunde später das Passieren Bornholms melden müssen.

Doch blieb dieser Funkpruch aus, genau wie die etwas später zu erwartende Nachricht von der Landung in Stockholm.

Kunmehr wurde es bald der Stettiner sowie auch der Stockholmer Station klar, daß dem Flugboot unterwegs ein Unglück passiert sei. Sofort wurden aus beiden Häfen Torpedoboote zur Rettungsaktion mobilisiert und gleichzeitig wies man funktelegraphisch die im fraglichen Gebiet kreuzenden Handelsdampfer an, nach dem Flugboot Ausschau zu halten. Aber erst in späterer Nacht wurde in Berlin die Unglücksmeldung ein-

gekommen, daß D 864 von einem Motorschoner zehn Seemeilen vor Bornholm gefunden worden sei.

Eine schwache Hoffnung, daß alle gerettet worden sind, besteht immer noch, denn es ist durchaus möglich, daß die drei Passagiere, über deren Schicksal man keine genaue Meldung hat, von einem kleinen Fahrzeug aufgenommen wurden, das keine Funkanlage an Bord hat.

Als Ursache der Motorschoner wurde von dem Führer des Flugbootes ein Kurbelwellenbruch angegeben, doch bleibt immer noch unauflöslich, warum der Funker des Flugbootes keine SOS-Rufe bei oder nach der Notlandung abgeandt hat. Zurzeit werden von Bornholm aus alle in Ostseegebiet befindlichen Dampfer durch Funkprüche gefragt, ob sie Passagiere des verunglückten Flugbootes an Bord haben.

## Nachterstedter Mörder verhaftet?

Von der eigenen Frau angezeigt

Ashersleben, 8. Juli. Der Mord an dem Direktor Kramer der Grube „Konordia“ in Nachterstedt, der in der Nacht zum 19. Februar d. J. aus dem Hinterhalt erschossen wurde, scheint der Aufklärung entgegenzugehen. In Gosse wurde gestern der 42-jährige Otto Koch aus Hoym verhaftet. Er hatte einen ehelichen Zwist mit seiner Frau, die ihn aus Rache als Mörder des Direktors Kramer bei der Polizei angezeigt hat. Bis jetzt hat der Verhaftete allerdings noch kein Geständnis abgelegt.

## Kinderlähmungsseuche im Elsaß

Aus allen Gegenden des Elsaß wird eine immer größere Ausdehnung der Kinderlähmungen gemeldet. Die Zahl der erkrankten Kinder beträgt bereits 86.



# Breslau

## Der Zwölftage-Soldat

Ein der lautesten „Waterland“-Schreier in der Stadtverordnetenversammlung war der Zentrum-Stadtvorordnete Dr. Wolf, der es jetzt glücklicherweise zum Stadtrat gebracht hat. In der letzten Stadtverordnetenversammlung lag nun ein Dringlichkeitsantrag vor, dem Herrmann das Besoldungs- und Ruhegehalt festzusetzen. Ein wenn es auch schon ist, auf Gott zu vertrauen, hält es ein Zentrum-Stadtrat doch immerhin für sicherer, darauf weniger zu bauen, als auf einen zwar sehr irdischen, dafür aber sicheren Anstellungsvertrag.

Gottes Jünger im Magistrat hat nun absolut keine Bedenken gehabt, sich alle möglichen früheren Tätigkeiten auf sein Gehalt anrechnen zu lassen, so daß er schon seit dem Jahre 1921 als anspruchsberechtigt gilt. Bei den städtischen Arbeitern ist der Magistrat zwar nicht so spenbidi, aber das hängt wohl mit Gottes Wort „Wer Anecht ist, soll Anecht bleiben“ zusammen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang nur die Tatsache, daß Herrn Waterlands-Wolf auch seine (wie es großartig heißt) „Mittelschleier“ angerechnet wurde, die Mitte 1915 ganze zwölftage betragen hat. Dann war Herr Wolf in der Heimat wieder „unabhängig“; fürs „Waterland“ zu stehen, dazu waren die dummen Mischfakten da.

Es ist doch schön, Herr Stadtrat Wolf, wenn man zum „lieben Gott“ solche gute Verbindungen hat wie Sie. Man kann dann seiner „Vorsehung“ bei derart peinlichen Vorkommnissen, wie die Beteiligung am Kriege, ein wenig mehr vertrauen, als für ein gewöhnlicher Sterblicher. Denn darüber sind wir uns natürlich klar: es war Gottes direkter Wille, Sie der Breslauer Stadtverordnetenversammlung und Ihrem Magistrat zu erhalten, damit Sie, umgeben mit der Glorie ihrer zwölfstägigen Soldatenzeit, stets ein lautmachendes Beispiel zur „opfermüdigsten Waterlandliebe in schwerer Stunde“ sein können.

## Acht Tote, 305 Verletzte

Im Juni: 473 Verkehrsunfälle

Im Monat Juni wurden im Stadtgebiet Breslau 473 Verkehrsunfälle zur Anzeige gebracht. Durch Verkehrsunfälle getötet wurden 8 Personen, verletzt wurden 305, davon 108 Personen lebensgefährlich, so daß ihre sofortige Überführung in ein Krankenhaus notwendig war. Wegen Übertretung der Verkehrsbestimmungen sind 827 Strafverfahren ergangen, und weitere 101 Strafverfahren gleicher Art sind der Amtsanklage zur Aburteilung zugewiesen. 33 Angezeigte wurden verwahrt. Die Zahl der im Monat Juni erteilten neuen Führerscheine beträgt 368, und zwar für Klasse 1 (Motorkräder) 109, für Klasse 2 (Lastkraftwagen) 15 und für Klasse 3 (Personenkraftwagen) 244. Neu zugelassen wurden im vergangenen Monat 722 Kraftfahrzeuge. In der gleichen Zeit wurden 223 internationale Kraftfahrzeuge ausgestellt. Drei Führerscheine wurden entzogen und 21 Führer unter Androhung der Entziehung des Führerscheines letztmalig verwahrt.

## Die ertrunkenen Mädchen gefunden

Gestern vormittag konnte die Leiche der 18jährigen Hildegard Krzol aus der Ober umweit vom Schaffgottsgarten geborgen werden. Einige Stunden später landete die Leiche der 15jährigen Derta in der Nähe des Oberschlößchens. Beide Mädchen sind, wie wir schon berichteten, zusammen mit ihrem Vater am Sonntag beim Baden ertrunken. Außerdem wurde auch die Leiche des Lebensgefährten des Dampfer in die Ober sprang, gestern in der Nähe des Schaffgottsgartens geborgen.

## Stadtteil Ost: 95,40 Mark

Die Sammlungen für die streikenden Mansfeld-Kumpel haben im Stadtteil Ost ein vorläufiges Ergebnis von 95,40 Mark gebracht. Die Sammlungen werden fortgesetzt. Genossen aus den übrigen Stadtteilen! Wer macht es dem Osten nach?

## Platzkonzert

Freitag, den 11. Juli, 19 Uhr, Platzkonzert der M.D. am Laurentiusplatz für die Mansfelder Streikenden.

## Wichtige Versammlung

Donnerstag, 20 Uhr, im „Gelben Löwen“, Oberstraße 23, öffentliche Mitgliederversammlung des „Bundes der Freunde der Sowjetunion“. Alle Freunde sind hierzu eingeladen.

Die Mietgelddiebe ermittelt. Wir meldeten vor einigen Tagen, daß in die Wohnung eines Hausmeisters in der Seydlitzstraße eingebrachen und das eingesammelte Mietgeld in Höhe von 460 Mk. gestohlen wurde. Die Diebe, die über die Ortsverhältnisse genau orientiert waren, fanden beiden Ehegatten Schreiben mit der Aufforderung, sich in der Landesversicherungsanstalt Höfchenplatz einzufinden. Während dieser Zeit stahlen die Täter das Geld. Als Täter wurden ermittelt der 25-jährige M. F., der 25-jährige D. J. und der 20-jährige S. R., sämtlich aus der Seydlitzstraße. Ein Teil des entwendeten Geldes wurde noch gefunden.

Freie Turnerschaft. 8. Männer-Abteilung. Heute, Mittwoch, 20.30 Uhr, auf dem Sportplatz Jugendversammlung.

Jungspartakus Süd. Heute 16 Uhr Auftreten am Zirkus Busch.

## Mittelschlesien

### Ein neuer Stützpunkt auf dem rechten Oderufer

Montag fand in Bernstadt eine von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufene Erwerbslosenversammlung statt. Im Anschluß an das Referat des Genossen Brodbeck-Breslau stellten sich die anwesenden Arbeiter, einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiter, einmütig hinter die Forderungen der KPD. und der RWD. Besonders die Ausführungen eines älteren SPD-Kollegen waren eine scharfe Verurteilung der Politik der sozialfaschistischen Führer. Ein Erwerbslosen-Ausschuß aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern wurde gewählt. Sechs Arbeiter erklärten ihren Eintritt in die kommunistische Partei.

Streifen. Alles heraus zur Kundgebung heute, Mittwoch, 19.30 Uhr. Sämtliche rote-Hilfs-Mitglieder, Parteigenossen und sympathisierende treten um 19 Uhr am Reitplatz an. Die Kapelle vollständig.

# Stark besuchte Erwerbslosenkundgebung

## Gegen Arbeitsdienstpflcht und „Osthilfe“-Schwindel — Für die kommunistische Partei

Der Landeserwerbslosenausschuß lief für gestern nachmittag zu einer Versammlung auf, um den Arbeitslosen klarzumachen, daß das Geschwafel der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über die „Osthilfe“ nur dazu in Umlauf gebracht wird, um die Arbeitslosen und Betriebsarbeiter mit Illusionen zu erfüllen und sie abzuhalfen, Forderungen zu stellen. Der Garten des „Bergkellers“ war sehr gut besetzt, als die Versammlung eröffnet wurde und der Landtagsabgeordnete Genosse Ernst Wollweber das Wort nahm.

Genosse Wollweber erinnerte einleitend, daß schon vor drei Jahren die Nationalsozialisten im Reichstag einen Antrag einbrachten, der eine Arbeitsdienstpflcht für jeden Deutschen forderte. Und jetzt ist es die Wirtschaftspartei, die Partei der Hundsbesitzer, die das gleiche fordert.

Dieser Antrag verlangt, daß jeder vom 17. bis 25. Lebensjahr arbeitsdienstpflchtig ist.

Aber um nicht Bourgeoisöhnchen zum Arbeiter zu zwingen, sieht das Gesetz vor, daß derjenige, der irgendwo eine Stelle besitzt, und sei es nur pro forma im Geschäft des Vaters, nicht dem Arbeitsdienstpflchtgesetz untersteht. Dieses Gesetz sieht weiter vor, daß jeder zur Arbeit Eingezogene freie Kleidung, wahrscheinlich Sträflingshosen, freies Wohnen in Baracken und eine tägliche Entlohnung in Höhe von 40 Pfennig bekommt. Jeder Eingezogene untersteht einem besonderen Disziplinargesetz, das unter anderem bei „Fahrenslucht“, d. h. Arbeitsverweigerung, Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten vorsieht. Das Aufsichtspersonal nimmt man aus den Reihen der abgetakelten Offiziere. Bei der Beratung dieses Gesetzes wird höchstwahrscheinlich wieder eine weitere Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes herauskommen. Der Reichsfinanzminister Dietrich erhob schon jetzt die Forderung nach einem Verwaltungsstellenbeitrag, der von jedem Einwohner gezahlt werden soll, und zwar in Höhe von 6 Mark bei Ledigen und 3 Mark bei Verheirateten. Das heißt Einführung einer Negativsteuer, wie sie früher in den Kolonien bestand. Der Reichsfinanzminister begründet die Forderung nach dieser Steuer mit der allgemeinen Notlage. Demgegenüber stehen aber amtliche Zahlen, die beweisen, daß das Veredeln von einer „allgemeinen Notlage“ großer Schwindel ist.

Diese Zahlen bezeugen, daß in Deutschland 2.335 Millionen mit einem Gesamtvermögen von über 5 Milliarden Mark wohnen, außerdem gibt es noch 4.981 Millionen mit einem Gesamtvermögen von über 23 Milliarden Mark. 2.113.333 Menschen gibt es dann noch, die ein Vermögen über je 50.000 Mark besitzen. Auf der anderen

Seite stehen aber über 10 Millionen Menschen, die ein monatliches Einkommen unter 100 Mark und 7 Millionen Arbeitende, die ein monatliches Einkommen bis 126 Mark beziehen. Diese Zahlen zeigen ganz deutlich, daß eine Notlage nur bei den Arbeitslosen besteht.

Genosse Wollweber schloß dann eingehend den Schwindel des Osthilfeprogramms. Riefenschnelle an die Großagrarier und Pfaffen, militär-strategische Aufrüstung des deutschen Ostens durch Bahnbauten und Ansiedlung von faschistischen Elementen. Keinen Pfennig für die tatsächlich notleidenden Landarbeiter, keinen Pfennig für die Erwerbslosen, das ist das wahre Gesicht der Osthilfe. Die kommunistische Landtagsfraktion führte gegen dieses Programm den schärfsten Kampf und machte Vorschläge, wie die Not der Arbeiter und Bauern gemildert werden könnte. Die Vorschläge der Kommunisten forderten unter anderem:

Arbeitsbeschaffung bei Tariflöhnen, ausreichende Unterhaltung für Erwerbslose und Kurzarbeiter und ein

Verbot von neuen Betriebsstillegungen.

Die Osthilfe ist ein Teil des Young-Plans, nämlich Einreichung Deutschlands in die Antikowfront, Vorbereitung der Kriegskolonien Deutschlands gegen Sowjetrußland. Dieses Hungerprogramm verurteilt die Erwerbslosen zum Hungertode, will die Arbeiter müde machen, kampflös die Ziele der Bourgeoisie durchzuführen. Gegen dieses Hungerbrot gilt es gemeinsam zu kämpfen. Eine Kampffront aller Schaffenden aufzubauen zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Die Versammelten sollten den Ausführungen des Genossen Wollweber reichlich Beifall und wählen dann für einige ausscheidende Ausschussmitglieder neue Kollegen in den Ausschuß hinein. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute versammelten Breslauer Erwerbslosen protestieren auf das Entschiedenste gegen die von der Wirtschaftspartei und den Nazis geplante Einführung des Arbeitsdienstpflchtgesetzes. Dieser Plan bedeutet das Hungerbrot, was sich die Bourgeoisie bisher gegen die Arbeitererschaft erlaubt hat. Gleichzeitig lehnen die Breslauer Erwerbslosen das Osthilfegesetz ab, da dieses nur ein Geschenk an Großagrarier und Großindustrielle bedeutet, deren Kosten die Werttätigen tragen müssen. Die heute Versammelten geloben, gegen diese Gesetze wie auch gegen die Verschlechterungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung den schärfsten Kampf zu führen unter der Leitung der kommunistischen Partei, der Führerin der Klassenbewussten Arbeitererschaft.

# Immer wieder Prozesse Baugewerksbund-Bonzen

Dieser Tage wurde der Beleidigungsprozeß der Baugewerksbünd-Angehörigen Meise und Jünckle gegen den früheren Baugewerksbündkassierer Habel verhandelt. Gegenstand der Beleidigungsklage bildete ein Brief Habels an den Bundesvorstand vom 3. Mai 1928, in dem Habel außer dem „Festsetzen“ bei Passate das sonderbare Verhalten des Meise und Jünckle gegenüber den Revisoren hinsichtlich eines Kurzusatzes von 900 Mark schilderte. Dieses an Gerichtsstelle zur Verlesung gekommene Schreiben lief aus in den Satz:

„Aus all dem Geschilderten muß gefolgert werden, daß Meise die 900 Mark unterschlagen und Jünckle dieses den Revisoren verschwiegen hat.“

Vorneweg versprach man, an Gerichtsstelle nicht nur die Geschäftsbücher, sondern auch die bisher zurückgehaltenen Originalbelege vorzulegen. Deshalb erwarteten die Mitglieder aus dem Ergebnis der Beweisaufnahme dieses Prozesses endliche Aufklärung. Wie die Baugewerksbündmitgliederschaft an dem Ausgang dieses Prozesses interessiert war, erfuhr man daraus, daß in ihren Kreisen an den Stempelstellen vor dem Prozeß reguläre Wetten abgelaufen wurden. Die einen wetteten: Meise wird die Originalbelege vorlegen; die anderen: Er wird sie nicht vorlegen. Die Gutgläubigen haben verloren, denn die „Kollegen“ Privatkläger haben, trotzdem sie dies, wie gesagt, vorher großspurig versprochen,

die Originalbelege nicht vorgelegt.

Lediglich erklärten sie, sonderbarerweise mitten in der Verhandlung, sich nur zur Herbeiführung der Geschäftsbücher bereit. Zum Leidwesen der „Kläger“ beschworen die Revisoren, im Jahre 1925 habe Jünckle einen vom Bauhüttenbetriebsverband eingegangenen Zinsbetrag von 400 Mark vor ihnen verborgen und ihn absichtlich nicht verbucht, da er einen Betrag in dieser Höhe für das „Festsetzen“ bei Passate bezahlt habe, woran weder die zur Genehmigung solcher Ausgaben zuständigen Organisationsinstanzen noch die Revisoren und die übrigen Mitglieder der Organisation etwas wissen durften. An dem sogenannten „Festsetzen“ haben neben auswärtigen Angehörigen auch die des hiesigen Baugewerksbundes teilgenommen (Meise, Jünckle, Kuhn und auch der Angeklagte Habel). Ziemlich geknickt saßen die Herren Privatkläger da, als sie angehts solcher Eide das

zugeben mußten, was sie in Mitgliederversammlungen früher aber energisch bestritten hatten. Sie konnten also nicht bestritten, die Revisoren durch Verhinderung der Bücherführung drei Jahre lang in die Irre geführt zu haben. Auch der eidlich vernommene zweite Vorsitzende des Verbandes, Kuhn, mußte nach anfänglichem Leugnen die vorher geschilderte „Festsetzung“ in vollem Umfange zugeben.

Aud nun die Beweisführung zum zweiten Punkte der Beleidigungsklage, zu dem Habel sich bereit erklärte, seine im Schreiben an den Bundesvorstand aufgestellte Behauptung zu beweisen, wonach Meise im Herbst 1925/Frühjahr 1926 einlastertes Kurzusatzgeld circa sechs Monate nach der hierfür vorgeschriebenen Zeit und erst nach Mahnung durch Jünckle an die bisher abgelaufene Zeit soll. Oktober 1925 stellte Jünckle fest, daß Meise 900 Mark zu wenig abgeliefert hatte. Dabei verblieb es drei Jahre bis zum Abgang des zweiten Kassierers, so daß selbst Jünckle nach den Angaben des Angeklagten zu Habel gesagt haben soll:

„Siehst Du, er hat das Geld für sich verbraucht. Na, wenn das bloß die Revisoren wüßten.“

Nünckle gab vor Gericht das zu. Habel behauptete weiter, der zweite Vorsitzende Kuhn habe seinerzeit zu ihm gesagt: „Na, der Meise verpriemt einen anständigen Böhm Geld, wenn der Verbandskassierer wäre, hätten wir kein Geld in der Kasse.“ Ferner soll Jünckle die seinerzeit von Meise erhaltene Kurzusatzrechnung, aus der sich das Festsetzen der 900 Mark ergab, um Meise zu schützen, den Revisoren nie vorgelegt und sich somit der Begünstigung schuldig gemacht haben. Dies bestritt Meise. Er will die 900 Mark für zwei Kurze mit verausgabt haben. Auch Jünckle bestritt die ihm vorgeworfene Begünstigung. Überwahrung löste es aus, als zwei eidlich vernommene Revisoren zugunsten Habels ansagten. Revisor Gregor erklärte, ihm hätten die Privatkläger weder einen Beleg über den Verbleib der 900 Mark noch überhaupt eine Abrechnung des Kurzusatzes vorgelegt. Revisor Krause sagte aus, wie eine endgültige Kurzusatzrechnung gesehen zu haben. Einzig der Revisor Richter erzählte, zitternd und weiß wie Kreide, die innere Unruhe kaum beherrschend, Belangloses von „Eingichtnahme in die Geschäftsbücher“, worauf er sofort wieder abtreten durfte. Die letzte Reitung der org in Bebrängnis gelommenen Meise und Jünckle war der vierte Revisor, W. K. Dieser wählte merkwürdig genau, daß „alles stimme“. So behauptete er sogar, daß schon im Jahre 1926 eine Vertreterversammlung „alles in Ordnung gefunden“ habe, obwohl sich niemand daran erinnern kann und obwohl das Protokoll dieser Sitzung auch nichts darüber enthält. Habel warf daraufhin W. K. vor, an der Korruption beteiligt zu sein, denn er habe sich öfters zu Privatzielen Darlehen aus der Verbandskasse geben lassen, die nicht in die Bücher eingetragen und auch nicht verbucht wurden. In dieser Anschuldigung schwieg W. K., was in dem mit Bauarbeitern besetzten Hörsaal entsprechend kommentiert wurde. Habel beantragte schließlich Vertagung der Verhandlung und für den neuen Termin Ladung eines vereidigten Bücherfachverständigen und Herbeiführung der angeblich vorhandenen Belege. Der Richter lehnte jedoch diese Anträge ab und verurteilte schließlich ein nach dem Verlauf der Beweisaufnahme sehr überraschendes Urteil: 200 Mark Geldstrafe für Habel.

Heute abend findet eine Bauhilfsarbeiterversammlung statt, die u. a. die Delegierten zum Bundesstag wählen soll. Die andauernden Gerichtsprozesse mit den nicht endenwählenden gegenseitigen Beschuldigungen sind eine Frucht des Systems Meise. Kollegen, räumt mit diesem System auf! Steht euch hinter die programmatischen Forderungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Wählt keine Meise-Deute zum Bundesstag. Mitter aus!



Städt. Sparkasse zu Breslau

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Oberschlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberschlesien Felix Tencosch, Gleiwitz. Für Inserate: Karl Gumboldt, Breslau.



# Waldenburger Bergland

## Arbeiter aufgefapft

### Lohnabbau geplant

Freiburg. Die hiesigen Unternehmer wollen bei dem allgemeinen Angriff auf die Löhne nicht zurückbleiben. Sie sind dabei, die Waldenburger Lohnfabriken entweder vom Schwarzwalder Tarif zu lösen und dem Niederschlesischen N. A. anzuschließen, was einem Lohnabbau von 10-15 Prozent gleichkäme, oder diesen Lohnabbau direkt vorzunehmen. Sie glauben durch das Versprechen, dann den Betrieb noch ein Jahr laufen zu lassen, die Arbeiterschaft gelügig zu machen.

Kollegen, macht diesen Schandplan zunichte. Trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gilt es energisch den Kampf gegen diesen Streich zu führen. Nehmt Stellung und wählt Kampfleistungen. Organisiert den Streik gegen den geplanten Lohnraub. Kämpft unter Führung der RHD. für Lohnherabsetzung und Lebensfundentag!

### Wüsteglersdorf

#### Knappschafts-Hausstandsgeld reduziert

Während vor dem 1. März dieses Jahres noch die Familie eines Kumpels, der zur Kur nach Hohewiese oder Warmbrunn geschickt wurde, das volle Revierkrankengeld erhielt, ist daselbe ab 1. März reduziert worden. Die Frau eines Kumpels erhielt statt 24 Mark nur 16 Mark ausgezahlt. Davon sie mit vier Kindern die Woche leben soll. Das wären also für fünf Personen pro Tag ungefähr zwei Mark. In Hohewiese scheint man besser zu wissen, was ein Mensch braucht. Dort müssen nämlich für jeden Kumpel, der zur Kur dort geht, 7,50 Mark pro Tag bezahlt werden. Bergarbeiter, wehrt euch gegen die Verelendung! Heraus am Sonntag, dem 13. Juli, zum Industriegruppentag in Waldenburg!

### Anfrage an das Arbeitsamt

Bei der Unterstützungsauszahlung der hiesigen Poststelle am 30. Juni wurde zwei älteren Erwerbslosen die Unterstützung nicht ausbezahlt. Es wurde ihnen erklärt, sie sollten sich am anderen Tag auf dem Arbeitsamt in Waldenburg melden. Als sie sich am anderen Tage in Waldenburg meldeten, wurde ihnen die Unterstützung dort ausbezahlt. Was soll das für einen Sinn haben? Wir fordern hiermit vom Arbeitsamt Waldenburg Antwort, aus welchem Grunde derartige Schikanen gegen die Erwerbslosen ausgeführt werden. Warum schmälert man den Erwerbslosen noch ihre lange Unterstützung, indem sie noch über eine Mark Fortgeld nach dem Arbeitsamt Waldenburg verschaffen müssen? Wir warten auf Antwort!

### Landeshut

#### Solidaritätstag der I.A.H.

Unterbezirk Landeshut

Am Sonntag, dem 13. Juli, hält die Unterbezirksleitung Landeshut in der „Brauerei“ in Wilsdorf ihren Solidaritätstag, verbunden mit einem Garten- und Kinderfest und einem Freundschaftsfest der Ortsgruppen im Unterbezirk ab. Der Solidaritätstag, der im ganzen Reich bereits, mit Ausnahme des Berliner und Halle-Merseburger Bezirkes, am 29. Juni durchgeführt wurde, ist keine Angelegenheit nur der I.A.H.-Mitgliedschaft, sondern eine öffentliche politische Demonstration.

### Kumpels!

#### Delegierte zur Industriegruppentagung

Habt ihr schon in einer Belegschaftsversammlung gewählt? Wenn das noch nicht geschehen ist, fordert die sofortige Einberufung einer Belegschaftsversammlung, die Stellung nimmt zur Lage in Mansfeld und Nordweh und zu den Aufgaben der Bergarbeiter in Waldenburg, und wählt Delegierte für die Industriegruppentagung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition am

### 13. Juli in Waldenburg.

Fraktion für die Ziele internationaler, proletarischer Solidarität. Der beschärfte Lohn- und Steuerdruck, die Abwehrmaßnahmen der Regierung in der Erwerbslosen- und Krankenversicherung erschweren Abwehrmaßnahmen. Gegen Unternehmerrückwärts - für proletarische Solidarität. Gegen den Wahn der sozialistischen Rückwärts. Gegen die imperialistischen Kriegstreiber. Für die Sowjetunion! sind die Barolen dieses Solidaritätstages. Der Solidaritätstag ist die Demonstration, die die geschlossene Front, die den harten Willen, den unerschütterlichen Glauben, gemeinsam zu kämpfen, gemeinsam zu helfen, gemeinsam zu siegen, dokumentiert. Deshalb demonstrieren mit der RHD. Sorgt für einen Massenarbeitsrat aller Werkstätten. Die Abwehrschritten sind durch Flugblatt bekanntgegeben.

### Evangelische Lehrer und Elternbeiratswahl

Dass die drei amtierenden Pastoren besorgt um ihre Pfünde sind, kann man verstehen, haben sie doch in ihrem Peruse im Gegensatz zur überzogenen Einwohnerschaft ein schönes Leben, bei ihrem Gehalt von 120 bis 180 Mark wöchentlich stehen sie neben ihren christlichen Brüdern vom Wohlstand ganz annehmbar da, die als sogenannte gleichberechtigte Geschöpfe vor Gott mit Amosen von wöchentlich 7,62 Mark abgepeit werden, für Frauen und Kinder hat der christliche Staat, den es unter allen Umständen von dieser Seite aus zu erhalten gilt, noch weniger übrig. In dem Flugblatt wird von den Opfern der Vorjahren für die evangelische Kirche und Schule gefaselt und zur Erziehung der Kinder im frommen Geiste der Väter aufgefordert. Wie steht aber die Christlichkeit dieser Vertreter Gottes in der Praxis aus? Sie, die Pfaffen und die Lehrer, zeigen sich als Mitglieder des Wohlstandes, als Bezirksvorsteher oder in anderen öffentlichen Ämtern alles andere als christlich, rüchsiglos werden die berechtigten Anträge abgelehnt, die Fürsorge für die Kinder durch Verweigerung von Milch usw. praktisch aufgehoben. Wehe, wenn ein Kind armer Leute einmal fehlt, dann kommt gleich der Pfaffe mit der Zwangserziehung, reißt das Kind von der Mutter weg und überliefert es der vermurdeten Zwangserziehung. Der Staat nimmt im christlichen Staat, anstatt die Wohlstandunterstützung zur Verpeitung eines ausländischen Dollars für die Familie zu gewähren, die Kinder gegen den Willen der Eltern in die Zwangserziehung. Und die Lehrer in der Schule wetteifern mit den Pfaffen in Verleumdungen über die Verhältnisse in Sowjetrußland, erzählen zur Ablenkung vom Elend in Deutschland die größten, unbestimmten Lügen über Sowjetrußland. Der Pfaffe auf der Kanzel, der Lehrer mit dem Krügel auf dem

Katheder, beide sind eifrig bemüht, die für die breite Masse unhaltbaren Verhältnisse zu ihrem eigenen weiteren Wohlbefinden zu verewigen. Arbeitereltern laßt es nicht zu, wie schon gesehen, daß eure Kinder durch diese Art Aufklärung auch entfremdet, den Ausbeutern und Kriegshörnern gefügig gemacht werden, verlangt, daß in der Volksschule das Kind des Arbeiters genau so behandelt und gefördert wird, wie das Kind des wirtschaftlich Bessergestellten. Wehrt euch gegen die geplante Einführung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule. Nicht genug, daß die Lehrlinge von früh bis spät abends (vielfach 10-14 Stunden) ausgenutzt werden, sollen sie jetzt nach 7 Uhr abends noch mit religiösen Phrasen gefüttert werden. Der Fachunterricht, welcher Jued zur Weiterbildung der jungen Menschen ist, wird mehr und mehr abgeschafft, dafür aber die geistige Verblödung zur besseren Ausbeutungsmöglichkeit eingeführt. Arbeitereltern und Jugendlicher lehnt es ab, eure wenige Freizeit auch noch weiter beschneiden zu lassen, geht nach dem Fortbildungsunterricht nach Hause, laßt die Pfaffen allein über die Christlichkeit der heutigen Wirtschaftsordnung nachdenken.

### Görlitz

#### Der Charakter der „Kriegsbeschädigten-Selbsthilfe“

Von der Gauleitung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit macht unter dem Titel „Kriegsbeschädigten-Selbsthilfe“ e. V. (Berlin W 85, Potsdamer Straße 56) ein sehr merkwürdiges Unternehmen von sich reden. Dieser eingetragene Verein hat durch eine Anzahl größerer Zeitungen folgende Notiz gehen lassen:

„Die Kriegsbeschädigten-Selbsthilfe e. V. (unpolitisch) Berlin W 85, Potsdamer Straße 56, fordert alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, deren Versorgungsansprüche vom Reich nicht anerkannt worden sind, oder die bisher keinerlei Ansprüche gestellt haben, auf, ihre Adresse einzuliefern.“

Wie wir dazu erfahren, müssen von den vertrauensfertigen Kriegsbeschädigten, die sich auf diese Notiz melden, erhebliche Beiträge und Vorschüsse gezahlt werden, damit die sogenannte Selbsthilfe ihre Anträge überhaupt bearbeitet. Hat der Antrag Erfolg, so müssen sie von der Rentennachzahlung ebenfalls noch einen erheblichen Betrag abführen. In dieser Kriegsbeschädigten-Selbsthilfe haben die Kriegsbeschädigten keinerlei Mitbestimmungsrecht, sie haben lediglich die Pflicht, zu zahlen. Der Internationale Bund warnt ausdrücklich vor dieser Kriegsbeschädigten-Selbsthilfe.

Kriegsopfer, Invaliden, Unfallbeschädigte, Wohlfahrtsempfänger usw. finden sach- und sachgemäße Vertretung ihrer Interessen beim Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, e. V. Adresse für Schlesien, Gauleitung Schlesien, Görlitz, Teichstraße 1.

### SPD-Organ als Demuziant

In Nr. 152 der „Tante“ regt sich ein Schmierfink darüber auf, daß wir in unserer Zeitung die Interessen eines Arbeiters vertreten, der wegen eines belanglosen Vergehens entlassen wurde und nun wegen Unterfützung bei dem Textilarbeiterverband vorstellig wurde, dem er seit viereinhalb Jahren angehört. Dieser Arbeiter erhielt vom Verband keine Unterfützung, da er sich am Eigentum seines Unternehmers vergangen habe. Sein Vergehen bestand darin, daß er sich gelegentlich etwas Seife von geringem Wert angeeignet hatte. Wir stellen wieder die Tatsache fest, daß Gewerkschaftsböngern und Unternehmer gemeinsam gegen Arbeiter vorgehen. Laut Bericht der „Volkzeitung“ soll der Arbeiter gedroht haben, noch mehrere Arbeiter anzuwerben zu wollen. Das ist Schwindel, denn bis jetzt hat der Arbeiter das nicht getan. Was aber tut das „Organ der Werkstätten“? Es gibt dem Unternehmer zu verstehen, daß in seinem Betriebe noch mehrere Arbeiter sein müssen, die gleichfalls „Diebstähle“ begehen. Eine größere Gemeinheit konnte sich dieses angebliche „Arbeiterorgan“ kaum leisten. Diese Durschen haben heute um den Unternehmer mehr Sorgen als um die Arbeiter. Wir werden diesen Brüdern die Nase herunterziehen, und wenn auch Bonze Matthias in Schreitkrämpfe fällt oder seinen chronischen Kommunifentoller bekommt. Nur weiter so, ihr Böngern, um so eher wird euch selbst der letzte Arbeiter durchschauhen!

Zeschwig. Gemeindevertreterversammlung. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde der Haushaltsplan beraten und gegen die Stimme des Kommunifent genehmigt. Unser Genosse zeigte den Klassencharakter dieses Etats auf, der bei den Massensteuern sehr deutlich ins Gesicht springt. Die Erhöhung der Grundvermögens- und Gewerbesteuer bringt eine weitere Belastung des Arbeiterhaushalts mit sich. Trotzdem auf der einen Seite Steuererhöhungen vorgenommen werden, sind die Ausgaben für soziale Zwecke nicht erhöht worden. Darum lehnte unser Genosse den Etat ab. Am Schluß behandelte man noch den Straßenbahn- und Begebau, durch den einige Erwerbslose Arbeit bekommen werden.

### Liegnitz

#### Imperialistische Soldknechte rücken ab

Montag früh rückte die hiesige Maschinengewehrkompanie nach Glogau, als ihrem neuen Garnisonort, ab. Die übrigen Truppenteile (7. Kompanie und Nachrichten-Abteilung) werden erst am 1. Oktober verlegt. Die Verlegung ist ein Teil der Rüstungen gegen die Sowjetunion. Ganz systematisch werden vom Reichswehrministerium die Garnisonen an der Dignrenze verstärkt, bzw. neue Garnisonen aufgezogen. Als Ersatz wird das Ausbildungsbataillon J. R. 8 von Lübben im Spreewald nach hier verlegt; also auch näher an die Ost-

## Büdo Schuhputz

grenze herangezogen. Am Sonnabend fand ein von der Stadt Liegnitz zu diesem Zweck bezahltes Abschließfest statt. Hier ist genügend Geld vorhanden; da heißt es nicht, die Stadt mit sich sparen. Nach 2 Uhr zog ein Teil der Garnison mit Fackeln und Musik durch die Straßen. Wenn die Arbeiter betrieblig machen, dann ist es Aufhebung, bei der Reichswehr macht das nichts.

### Nur die „Arbeiter-Zeitung“ ins Haus!

Wir erhalten folgenden Brief: „Vor einem Jahre wurden Kellamtschreiber der „Arbeiter-Zeitung“ hier in unserer Stadt angesetzt, sie auch vor meinem Fenster. Jetzt erhielt ich die Mitteilung

### Königszell

So haben die Böngern gewirkt. Die Saat, welche die Führer der SPD, die deutschen Gewerkschaften, durch ihre jahrelange Täuschungspolitik gelegt haben und noch legen, geht auf. Vorige Woche sollte eine Versammlung vom Fabrikarbeiterverband stattfinden, wo der Kommunifenthafter Kdhn über die wirtschaftliche Lage quasseln wollte. Die Versammlung konnte nicht stattfinden, da der Vorstand nur allein auswesend war. Wir Kommunifenten sagen jedem, der auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes steht: hinein in die Gewerkschaften und die Mitglieder ausgetrennt, kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition, daß erstens die Leute verschwinden, die glauben, ihre hohen Gehälter geschaltet zu haben und die ferner glauben, die Mitglieder haben nichts zu bestimmen, zweitens, daß Gewerkschaften zu dem gemacht werden, was sie bisher waren - Klassenkampforganisationen.

## Arbeiter, Arbeiterinnen

### Sammet für den Verteidigungsfonds der RHD.

## Niederschlesien

vom Hauswirt Herbert u. Sohn, wohnhaft Waldenburg, daß er mit wohl eine Wohnung, aber keine Mauer oder Zaun zu Kellametzwecken vermietet habe, ich sollte das Schild sofort entfernen, andernfalls er es auf meine Kosten machen ließe. Da ich aber selbigen nicht angebracht habe, dachte ich nicht im geringsten daran, das Schild zu entfernen; so erschien heute der Vertreter des Hauswirts und entfernte es selbst. Es war nämlich denen ein Dorn im Auge, die die Kommunifenten samt ihrer Presse hassen, nämlich ein paar besserstellen Steuergroßhändler, die selbst hier im Hause zur Miete wohnen. Aber, ihr Herren, euer Vorhaben wird euch nicht gelingen, trotz des weggerissenen Schildes. Deshalb muß jeder Klassenbewußte Arbeiter die „Arbeiter-Zeitung“ lesen und abonnieren. Nur die „Arbeiter-Zeitung“ ins Haus.

### Erwerbslose, wacht auf!

Montag 10 Uhr fand im „Saagrestaurant“ eine von 180 Erwerbslosen besuchte Versammlung statt. Selber mußte festgehalten werden, daß von Versammlung zu Versammlung immer weniger Kollegen kommen. Auf der Tagesordnung standen keinerlei Kampfmaßnahmen, sondern es wurden nur einige Schreiben verlesen. Während das Landesarbeitsamt in Breslau den von den Erwerbslosen gewählten Ausschuss anerkennt, lehnen die beiden Dezerenten vom Arbeits- und Wohlfahrtsamt, die beiden Sozialdemokraten Jansen und Kirchner, diesen ab. Die Kollegen aus dem Ausschuss sollten eine Lehre aus der gestrigen Versammlung ziehen und ihre Arbeit dementsprechend umstellen. Gesprochen ist nun schon genug worden; jetzt heran an die Tat. Es könnte sonst passieren, daß in einer Versammlung der Ausschuss ohne Erwerbslose sitzt. Mobilisiert den letzten Kollegen und herauf auf die Straße und zeigt den Ausbeutern, daß die Erwerbslosen hinter euch stehen, dann werden auch Erfolge zu verzeichnen sein.

### Haynau

#### Die Erwerbslosen klagen an!

Am Montag tagte im „Volkshaus“ eine vom reformistischen Erwerbslosen Ausschuss einberufene Versammlung, welche nur mäßig besucht war. Der wichtigste Punkt war die Arbeitsbeschaffung durch die Stadt. Hierzu sprach der Genosse Ventrup und entlarvte die sozialdemokratische Demagogie. Besonders nahm er sich den Sozialdemokraten, Rentner Karl, unter die Lupe, welcher in der Versammlung die Arbeiter durch ein scheinradikales Manöverchen irreführen wollte. Es wurde eine Kommission gewählt, welche beim Bürgermeister wegen Arbeit vorstellig werden soll. Dann wurden die übelsten Reichwerden gegen den Nachweisverwalter Müller und über die Arbeitsvermittlung nach Wolfsdorf bei Goldberg vorgebracht. Die Firma Urbahn-Goldberg führt gegen die vermittelten Arbeitslosen das struppellose Vertrauensargstystem durch. Bei einem Teil der Arbeitslosen wurde auf Grund dessen bis acht Wochen die Unterstützungssperre verhängt. Ebenfalls wurde eine Verfügung herausgegeben, in welcher der Arbeitsamtsvorsitzende, Sozialdemokrat Kirchner, bekanntgibt, daß jeder Erwerbslose zu bestrafen ist, welcher seine mühsam gepflückten Blaubeeren verkauft. Toller hinaus geht es wohl nicht mehr! Der Genosse B. rückte diese Verfügung ins rechte Licht.

### SPD-Organ als Zuhälter für die Nazis

Die sozialfaschistische Führergarnitur, die bei jedem Sommer- und Kinderfest an der Spitze marschiert, ist bei Versammlungen der Hitlerianer nicht zu sehen. Da knieen diese Buben. Leichter ist es für sie, gegen die Kommunifenten zu gehen. In der letzten Nazi-Versammlung wehrten Kommunifentische und sozialdemokratische Arbeiter gemeinsam den Naziterror ab. Und was berichtet die sozialdemokratische Zeitungskante, obwohl kein Berichterstatter von ihr anwesend war? Sie klaut ihren Bericht aus der bürgerlichen Presse und kommentierte ihn mit einer mühsen Hege gegen die Klassenbewußten Arbeiter, weil sie der faschistischen Meute die proletarische Faust zeigten. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben jetzt wohl den besten Anschauungsunterricht über ihre korrupte Führerschaft erhalten. Diese Heloten führen den Kampf gegen den Faschismus beim Glase Wein. Proleten, lehrt diesen politischen Halunken den Rücken und kommt zu uns, damit wir mit verstärkter Kraft gegen den Faschismus führen können!

### Glogau

Jarlau. Eine „feine“ SPD-Wilte! Der sozialdemokratische Gemeindevertreter und Reichsbannerführer Jili ist ein Exemplar, das wert ist, in der proletarischen Öffentlichkeit charakterisiert zu werden. Wie jeder Bonzenanwärter so ist auch J. ein ganz gemeiner Kommunifentesser. Am folgendes: Wochenscheinlich ist es die große Dike gewesen, die dazu beigetragen hatte, daß ihm sein „Moftrich“ eintrocknete. Um diesen aufzufrischen, goß er eine Anzahl Schoppen Bier in seinen Schlund. Auf dem Heimweg verriet er seine Notdurft und mit „herabgelassenem Verstand“ fand man ihn im eigenen Dred liegen. Für die Vorbegehenden ein würdiger Anblick! In Weibisch hat J. sich gleichfalls den Kanal so voll geflossen, daß er die Gasse in der unflätigsten Art belästigte. Nicht zu vergessen ist, daß er bei einer Gelegenheit einem seiner Parteigenossen eine Abreibung verabreichte. Dieser „Genosse“ kam mit blauen Augen davon. Kumpels, rückt von solchen Bananen energig und fieber ab!



# Oberschlesien

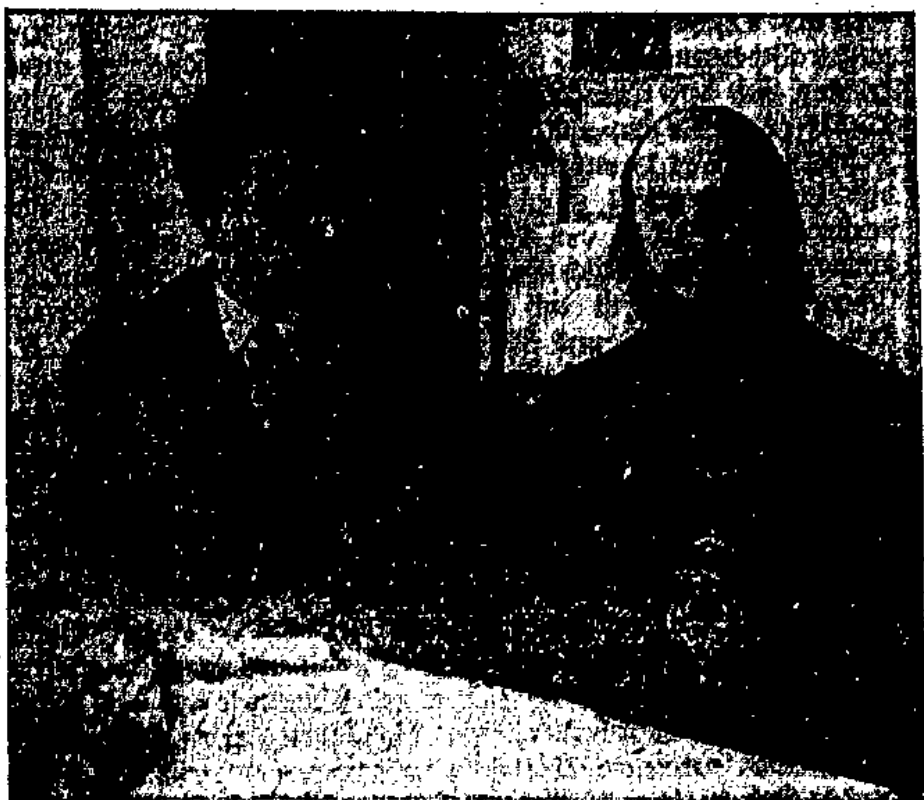
## Der „lebend verbrannte Bischof“ lebt

### Geplakter Schwindel der Geistlichkeit und der Zentrums- und Christenverfolgungen in Sowjetrußland aus — Diskutiert darüber mit den christlichen Arbeitern!

Anfang März dieses Jahres, zu einer Zeit, als der konzentrische Satz und Verleumdungsflug der vereinigten pfäfflich-bürgerlichen Reaktion gegen die Sowjetunion auf den Höhepunkt getrieben war, verbreitete eine amerikanische Zeitungsnachrichten-Agentur nachstehende Sensationsmeldung: „Grausame Verfolgung der russischen Geistlichkeit.“

Der Reverend Edmund Walsh, Bischofpräsident der Universität Georgetown, ist von einer Rundreise durch Rußland zurückgekehrt und hat, einer französischen Agentur-Meldung zufolge, ein furchtbares Bild von den Religionsverfolgungen in Sowjetrußland entworfen. Nach seinen Aussagen wurde der Bischof von Perm bei Lebendigen Leibe verbrannt, nachdem man ihn den schrecklichsten Folterungen ausgesetzt hatte. Der Bischof von Jurjew wurde zuerst lange Zeit mit den gemeinsten Verbrechern eingesperrt und dann dem Scharfrichter übergeben, der ihm Nase und Ohren abschnitt und dann durch Bajonettschüsse tötete. Der Erzbischof von Woronej wurde vor der Kanzel seiner Kirche aufgehängt. Allein in dieser Diözese wurden über hundert Geistliche getötet. Ein Geistlicher wurde bei grimmigster Hitze seiner Kleidung beraubt und dann so lange mit Wasser begossen, bis er im wörtlichen Sinne des Wortes zu einer Eiskugel gefroren war. Die asiatische Grausamkeit kommt in diesen Morbitalen wieder aufs neue auf furchtbare Weise zum Ausdruck.

Antwort: Diese Mitteilungen entsprechen nicht der Wahrheit. Ich, Bischof von Perm (Kroschtschin), Perm, von der Kirche des Patriarchen Tichon, bekleide das Amt des Bischofs von Perm schon im dritten Jahr, seit dem 3. Januar 1928, und in dieser Zeit hat niemand Anstalt gemacht, mich nicht nur nicht zu verbrennen, sondern ich habe sogar lehrerliche Bedrängung in religiöser Beziehung erfahren, sowohl von privater Seite, als auch von seitens politischer und Verwaltungsgesellschaften. Ich lebe frei in der Stadt Perm, halte Gottesdienste ab und besorge die bischöflichen Geschäfte.



Genosse Hepp stellt dem Bischof seine Fragen. Besuch beim Bischof von Perm.

2. Frage: Sind Ihnen Tatsachen von Verfolgungen der Geistlichkeit bekannt, wie sie allenthalben in der deutschen Zentrums- und darüber hinaus in der bürgerlichen Presse Verbreitung gefunden haben, und wie weit halten Sie diese Mitteilungen der Wahrheit entsprechend?

Antwort: Die in den genannten Zeitungen aufgeführten Bischöfe sind tatsächlich umgekommen, aber zu Beginn der Revolution. Durch welche Todesart ist mir nicht bekannt.

3. Frage: Sind Ihnen überhaupt Fälle bekannt, in denen Bürger von Seiten der Sowjetmacht ihrer religiösen Überzeugung willen verfolgt worden sind?

Antwort: Fälle von Verfolgungen von Bürgern von Seiten der Sowjetmacht wegen ihrer religiösen Überzeugung sind mir nicht bekannt. Es kamen Fälle vor von Verhaftungen, Verbannungen und Ausweisungen von geistlichen und weltlichen Personen, aber aus Gründen, wie ich annehme, wie sie allgemein sind für alle Personen. Das heißt wegen bewusster oder unbewusster Vergehen gegen die Gesetze der Sowjetrepublik.

Die obigen sensationellen Enthüllungen beweisen aufs neue, daß der kirchlichen Minderheitsgesellschaft jedes auch noch so erbärmliche Mittel recht ist, um den fortschreitenden Aufklärungsprozess in den Köpfen der christlichen Arbeiterschaft aufzuhalten, als eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der pfäfflichen Herrschaft. Für den zehrenden Arbeiter und Arbeiterfrau muß das obige Mißverhältnis pfäfflicher Verlogenheit und Verleumdungstun mit so mehr Veranlassung sein, nun endlich den Trennungsschnitt mit der Kirche zu ziehen. Die Nutambwendung, die für den Klassenbewußten Arbeiter aus den obigen Enthüllungen übrigbleibt, heißt:

Heraus aus der Kirche! Heraus mit der verlogenen pfäfflichen Zentrums- und Arbeitermohung! Helft alle mit, den Lügenflug der Kirche gegen Sowjetrußland und seine politischen Hintergründe zu entlarven!

meine Vorleser; zum erstenmal, um Propaganda für die Wahl zur Gemeindevertretung für ihre Partei zu machen, um dann, wenn sie die Mehrheit der Stimmgeber hätten, einen von ihrer Partei zu wählen. Dabei hat ihnen der Oberinspektor vieles gegen den Gemeindevorsteher mitgeteilt. Darauf erschien in einer Zeitung ein Artikel, durch den sich der Gemeindevorsteher beleidigt fühlte und gegen den Artikelschreiber Strafantrag stellte. Nun sollte da im Zusammenhang mit dieser Sache der Oberinspektor etwas falsch ausgelegt haben. Wir Arbeiter brauchen uns deswegen keine Kopf-schmerzen zu machen, denn die Brüder sind sich alle gleich, ob Sozialdemokraten, Zentralkräfte, oder Deutschnationale. Jeder von ihnen sitzt im Glasloster und schmeißt auf den anderen mit Steinen, um ihn von der Futterrippe wegzujagen.

Frage: Wie steht es denn mit dem Abbau der drei Angestellten, was diese Leute bei der Staatsberatung beschloffen haben?

Frage: „Ja, das ist eine ganz heiße Sache. Ein Gemeindevorsteher wollte nämlich so schnell wie möglich ein gepoltertes Stückchen in der Gemeinde haben, und da er jetzt wenig Aussicht hat, daß sein Parteigenosse Gemeindevorsteher wird, wollte man eben drei Angestellte abbauen, um nach einer Weile die Stelle selbst oder durch einen Neffen zu besetzen. Weil diese Sache aber zu trüb aussehen möchte, macht man die Sache anders. Man schickt einen Angestellten zum Kurjus auf ein halbes Jahr und als Ernjah wird einer, der den Gemeindevorsteher vorher mit Haar und Knochen auffressen wollte, angestellt.“

Frage: „Man verstehe ich das nicht. Vor einem Monat waren noch drei Angestellte zuviel, und jetzt will man, weil einer auf eine kurze Zeit weg ist, einen anderen anstellen, obwohl die Drei weiter bleiben. Na, hoffentlich wird es ein arbeitsloser Angestellter sein, der schon lange gesündigt hat.“

Frage: „So flüchte aus; wenn es sich um einen Posten handelt, da

geht es mit dem Sozialismus zu Ende bei den Sozialisten, und Du wirst sehen, was für ein Arbeiter dort sein wird.“

Frage: „Und wie steht es mit den 200 Mark, die für die Arbeiterbibliothek bewilligt wurden?“

Frage: „Diese sind schon abgeholt vom Zammisch, aber der Bibliothekar hat diese noch nicht erhalten. Wer weiß, wo die gewandert sind?“

Frage: „Aber es kann doch nicht so weiter gehen!“

Frage: „Es wird immer so gehen, wenn die Arbeiter und ihre Frauen dem Zentrum und der Sozialdemokratischen Partei nachlaufen und nicht selbst unter Führung der kommunistischen Partei sich wehren werden. Nur durch die „Arbeiter-Zeitung“ erfährt ihr das, was für euch Arbeiter richtig ist.“

### Groß-Sirehlitz

Von Kirchensäckern mißhandelt. Auf der Kunststraße zwischen Salejse und Olschona entdeckten Autofahrer in der Nähe einer Kirchensäcke zwei Männer, die einen Bewußtlosen oder Toten fort-schleppten. Die Ermittlungen ergaben, daß Kirchensäckern einen 17jährigen Jungen Nowak aus Poppitz, den sie beim Kirchensäckern erlappet hatten, so geschlagen hatten, bis er tot liegen blieb. Dann hatten sie den Jungen in ein Kornfeld geschleppt. Das Kind war so schwer verletzt, daß es sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

### Oppeln

#### Was muß ich an Miete zahlen?

Die in letzter Zeit kommunaler und staatlicherseits vorgenommenen Erhöhungen der Zuschläge zur Grundvermögensteuer haben es mit sich gebracht, daß viele Mieter nicht im Bilde sind, was sie an Mieten zu zahlen haben. Viele Fälle sind auch bekannt, wo gerade proletarische Mieter der „Ruhe wegen“ ihren Kindern das Brot vom Munde nehmen und dem Hauswirt eine weit höhere Miete zahlen, als sie gesetzlich verpflichtet sind. Will jemand nun wissen, was er zu zahlen hat, oder wissen, welche Formalitäten notwendig sind, um auf den gesetzlichen Stand der Miete zu kommen, der wende sich an den Mieterverein Oppeln, Adalbertstraße 11. Genosse Libor erteilt täglich für Mitglieder des Vereins von 12—14 Uhr genaue Auskunft. Mitglieder, die in dieser Zeit verhindert sind, können auch außerhalb der Zeit erscheinen, nur ist die Anwesenheit des Genossen Libor dann nicht feststehend. Wer noch nicht Mitglied des Vereins ist, sollte dieses schnellstens nachholen. Der Vierteljahresbeitrag beträgt ganze 50 Pfennig.

#### Erste Leserbesprechung

Am Sonnabend, dem 12. Juli, 20 Uhr, findet im Schützenhaus, Obovorstadt, eine Leserbesprechung statt. Ein Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ wird anwesend sein und alle Fragen und Anregungen sowie eventuelle Beschwerden beantworten. Ein jeder Leser sollte sich an der interessanten Besprechung beteiligen.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß es sich nicht um eine Versammlung, wo ein langes Referat gehalten wird, handelt, sondern um eine Besprechung, wo vor allen Dingen der Leser zu Wort kommen soll und die Redaktion lebendig antwortet und antregt.

#### Lehrlingsausbeutung bei der Firma Handziara

Die Firma Handziara, Breslauer Straße, führt den Tankstellenbau auf der Obovorstadt aus. Sie benutzt dabei die Lehrlinge, die am Tage schon nicht unter neun Stunden und mehr Arbeit fort-kommen dazu, am wochentags und Sonntags bis in die Nacht um

### Am 1. August

#### dem Antikriegstag, in allen Orten Demonstrationen

11 Uhr am Tankstellenbau Wache zu schieben, damit niemand das dort liegende Bauholz „kaut“. Dafür gewährt sie ihnen nur den Lehrlingsstundenlohn. Während dieser Zeit kommt er sie persönlich alle halben Stunden kontrollieren. Auch auf dem Bau am neuen Friedhof Dalendorfer herrschen solche Lehrlingsausbeutungsmethoden. Die Lehrlinge bekommen Sonnabends eher kein Geld, bis sie nach Feierabend den Platz auf der Breslauer Straße aufgeräumt haben. Wo sind hier die zuständigen Behörden? Es wurde vom Arbeitsgericht schon öfters wegen Nichtzahlung des Lehrlingsstundlohnes usw. bestraft. Doch leistet das Arbeitsgericht durch seine milden Strafen dem Unternehmern direkt Vorstoß zu diesen Ausbeutungsmethoden und vergreift dieser sich immer wieder an den elementarsten Rechten der Lehrlinge.

Wir fordern, daß diejenige Ausbeuter das Recht der Lehrlingsausbeutung entzogen und er ganz exemplarisch bestraft wird. Euch Lehrlinge aber rufen wir zu: Organisiert euch im Baugewerksbund und kämpft mit der RGD und dem RZVd. gegen diese Ausbeuter, für den Sechshunderttag, höheren Lohn und vierwöchigen bezahlten Urlaub.

#### Wochenmarkt am Wilhelmsplatz

Es ist frühmorgens; Autos, Fuhrer, Omnibussen mit Waren rollen an. Sprengwagen durchfahren den staubigen Wilhelmsplatz, auf welchem es immer noch am Wasser mangelt. Keine Wasserpumpe, kein Hydrant. „Wassernot“, obwohl in der Stadt noch Springbrunnen laufen. Wann wird der Magistrat hier Abhilfe schaffen? Die Händler bauen auf in der Hoffnung, ein gutes Geschäft zu machen. Einlegefrüchte, Kirchen, Stachelbeeren werden gekauft für 25 bzw. 35 und 40 Pfennig das Pfund. Aber, wer kann kaufen? Bessere Leute, Beamtenfrauen; die Proletenfrau nicht, die fleht man höchstens an den Brot- oder Peringsständen; weiter reicht es nicht! Verzweifelt verläßt diese den Markt. Die Kleinhändler schmachten; Staub, Hitze, kein Wasser und die Waren verbrennen. Bei den Textilwarenhändlern sind überhaupt keine Käufer zu sehen. Die Butter schmilzt. Wie schön war es da am alten Buttermarkt am Mühlgraben! Nur die Blumenstände sind stark umlagert und finden guten Absatz. Es ist Mittag; in der größten Hitze muß der Markt geräumt werden; alles packt und wieder macht sich der Wassermangel bemerkbar. Nur einen Staudwirbel sieht man, und die Kleinen Händler kommen halb tot, enttäuscht vom Markt auf den Ring und nehmen Aufstellung, um noch ein paar Pfennige zu lösen. Man steht unter ihnen alte Leute zwischen 60—70 Jahren; auch sie sind Proleten und zu bedauern.

Selbe Raucherzähne. Ich benutze seit Jahren die Chlorodont-Zahnpaste und bin mit der Verwendung derselben sehr zufrieden. Erhödem ich ein Kettenraucher bin, sind meine Zähne stets blendend weiß. Auch fehlt mir kein einziger Zahn, so daß ich behaupte, nur „Chlorodont“ erhält meine Zähne gesund. D. Grunenberg, München. Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf. und 1 Mk., Zahnbürsten, Mundwasser 1 Mk. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

### Wie es in Wirklichkeit aussieht

Wie die Witten fiel damals der gesamte bürgerlich-zentristische Presseschwanz — in Oberschlesien ist führend in der stumpfsten Antifaschismus die „Oberschlesische Volksstimme“ — über diesen satigen Brocken her, um ihn als ein weiteres „Argument“ zur Auf-puffung des religiösen Fanatismus der christlichen Arbeiter und Arbeiterfrauen auszuspielen. Damals bereits wiesen wir auf die handgreifliche Verlogenheit dieser, aus einer imperialistischen Subel-lische herrschenden Tendenzmelung hin. Wie es uns in den letzten Monaten bereits in vielen Fällen möglich war, die direkt stumpf-lofen, abgefeimten, verbesserischen und mit echt jesuitischer Raffinesse zusammengebraute Sensationsmacherei zu entlarven, so sind wir heute in der Lage, den Beweis anzutreten, mit welchen kaum glaub-lichen Mitteln der Fälschung von Seiten der gesamten Pfaffenreaktion gegen die kommunistische Internationale gehet wird. Um pfäffliche Lügenheke entlarven zu können, wurde der Genosse Hepp aus Stuttgart, der damals als Mitglied einer Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland vor der Abreise starb, beauftragt, am Orte der „Schredensat“ selbst Nachforschungen anzustellen und über das Er-gesnis derselben Bericht zu erstatten. Bei seiner Reise durch die Wirtschaftszentren der Sowjetunion kam die Delegation, der der Ge-nosse Hepp angehörte, auch nach Perm, weshalb es ihm möglich war — man höre und staune! — mit dem angeblich „verbrannten“ Bischof zusammenzukommen bzw. ihm eine Anzahl Fragen zur Be-antwortung vorzulegen. Heute sind wir in der Lage, einen Brief des Genossen Hepp, nebst einer in Perm, am Wohnsitz des Bischofs ange-machten Photographie, zu veröffentlichen. Der Genosse schreibt:

### Der „verbrannte“ Bischof von Perm lebt

Es wurde mir in Perm ohne weiteres gestattet, diesen „ver-brannten“ Bischof aufzusuchen und zu sprechen. Als ich in seine Woh-nung kam, hatte gerade ein Mönch oder sein Diener (so etwas war es wohl) den Tisch gedeckt, und nicht schlecht und auch nicht klein war der Rest der Mahlzeit des Bischofs. Ungefähr zehn gekochte Eier, in allen Farben gebraten, und eine Schüssel voll Gemüse und ein schönes Stück Fleisch, das wurde abgetragen. Also, es geht ihm nicht schlecht. Er sieht auch ganz gutgenährt aus. Im Verlaufe einer dar-auf anschließenden Unterredung war es mir möglich, dem „ver-brannten“ Bischof eine Anzahl von Fragen vorzulegen, die von ihm wie folgt beantwortet wurden:

### Die Zentrums- und Arbeitermohung hat gelogen

1. Frage: Inwieweit entsprechen die Mitteilungen über Ihre an-gebliche Verhöhnung in der deutschen Zentrums- und Arbeitermohung der Wahrheit?

### Gleiwitz

Deutscher Freireder-Verband e. V. Sonnabend, den 12. Juli, 20 Uhr, im Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Eintrachtstraße, Mit-gliederversammlung mit Referat „Die Massenfrage“. Gäste willkommen.

Mitgliederversammlung der Roten Hilfe am Sonnabend, dem 12. Juli, 19 Uhr, im Lokal Schreiber, Welzelstraße, Stadtteil Petersdorf. Das letzte Mitglied der Roten Hilfe muß erscheinen. Sympathisierende sind mitzubringen.

### Schomburg

#### Schomburg im Blick

Wir bringen nachstehend ein Gespräch zwischen zwei Berg-arbeiterfrauen:

Frage: „Rot Front, Klachulla! Was hört man Neues in Schomburg? Was ist denn mit unserem Bürooberinspektor los, warum ist er solange in Urlaub?“

Frage: „Man hört so vieles sprechen, aber von unserem Gemein-devertreter habe ich erfahren, daß er vom Landrat beurteilt wurde, weil gegen ihn ein Reineidsverfahren schwebt!“

Frage: „Wegen Reineid? Das glaube ich nicht, wer bei der Fron-leichnamspolizei die Kerze trägt, begeht doch keinen Reineid!“

Frage: „Na, es wird sich ja herausstellen, hoffentlich wird die Staatsanwaltschaft in der Deffentlichkeit verhandeln, wie das bei einem gewöhnlichen Proleten der Fall ist.“

Frage: „Bist du kein! Wie kann sowas nur möglich sein?“

Frage: „Weißt Du denn nichts von der Wahl des Gemeindevor-standes, die kurz vor den Wahlen der Gemeindevorsteher stattfand? Da waren doch die Sozialdemokraten gegen die Wiederwahl des Ge-

## Deutsch-polnisches Arbeiter-Grenztreffen am 27. Juli in Beuthen O/S.

gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen / für die Verteidigung der Sowjetunion gegen den deutschen u. polnischen Chauvinismus / für die internationale Kampfgemeinschaft



# Der Kampf gegen den Faschismus auf dem Lande

Von R. Laube-Grünberg

Der Ausplünderungsflug der Bourgeoisie wirkt sich auch auf dem Lande in der wachsenden Verelendung der Landarbeiter und breiter Schichten der Klein- und Mittelbauern aus. Die Kleinbauern können unter der erdrückenden Schulden- und Steuerlast. Auf den Gütern finden wir himmelstreichende Zustände. Für Bettelstiefeln werden die Landarbeiter mit Hilfe der Arbeitsämter gezwungen, zwölf bis vierzehn Stunden, bei ständischen Wohnungsverhältnissen, zu schaffen. Wie in der Industrie werden auch hier die Leistungsschwachen, Alten und Gebrechlichen nicht nur aus den Betrieben, sondern auch aus den Wohnungen rücksichtslos auf die Straße geworfen. Angesichts der steigenden Not wächst die Unzufriedenheit auf dem Lande in dem Maße, daß es nicht selten ist, wenn Landarbeiter zu Gewalttaten greifen. Gleichzeitig spielt sich ein politischer Vorgang im Dorfe ab, den wir Kommunisten mit größter Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Es handelt sich zunächst um die Veränderungen, die im nationalfaschistischen Lager vor sich gehen. Die wachsende Unzufriedenheit, die besonders im Landbund und im Stahlhelm zur offenen Rebellion geführt hat und ihre sichtbaren Ausdrücke in den offenen Auseinandersetzungen bei den Deutschnationalen findet, zwingt den Faschismus, sein Gesicht zu ändern. So können wir besonders auch in Schlesien beobachten, daß in den Dörfern, wo früher starke Stahlhelmgruppen bestanden haben, jetzt die Nationalsozialisten an Einfluss gewinnen. Diese Wandlung im faschistischen Lager wird von den Großagrariern und der übrigen Bourgeoisie aktiv gefördert zu dem Zwecke, die aus dem Landbund und dem Stahlhelm abwandernden bäuerlichen Schichten durch die schrittweisen Phasen der Nazis aufzufangen.

Die führende Rolle der Nazis im nationalfaschistischen Lager und ihre besondere Aktivität in den Ostprovinzen, in Schlesien besonders auf dem Gebiet der rechten Oderuferseite, beweisen, daß die Nationalsozialisten mit die Aufgabe haben, die Ostprovinzen zu Stützpunkten des imperialistischen Aufmarsches zum Kriege gegen die Sowjetunion zu machen.

Die Nazis scheuen keine Mittel und Methoden, um auch in den Orten mit vorwiegend proletarischer Bevölkerung — den schwindenden Einfluss der Sozialdemokratie auszunützen — Fuß zu fassen. Ihre Methode, die Orte im Kreis der Industriegebiete besonders zu bearbeiten, hat den Zweck, mit Hilfe ihrer ländlichen Gefolgschaft den

Widerstand des Industrieproletariats gewaltsam zu brechen. Die Unterstützung dieser faschistischen Bewegungen durch die gesamte Bourgeoisie und die staatlichen Machtorgane sind eine ungeheure Gefahr für das Proletariat und beweisen im Zusammenhang mit der Döblich-Propaganda, dem deutsch-polnischen Vertrag und nicht zuletzt mit den Truppenverchiebungen im Osten und besonders in Schlesien, daß es sich hier um eine programmatische Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion handelt.

## Welches sind unsere Kampfaufgaben?

Angesichts dieser drohenden Gefahr müssen wir Kommunisten unsere Kampftrakt gegen den Faschismus auf dem Lande bedeutend verstärken. Im Bezirk Schlesien muß ein besonderes Augenmerk auf das Gebiet der rechten Oderuferseite gerichtet werden, da dieses Gebiet als Aufmarschgebiet für die Imperialisten von großer strategischer Bedeutung ist und die Oder selbst neben beschriebener anderer Hinsicht für den Transport von Kriegsmaterial wichtig ist. Unser Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, gegen den mordenden Faschismus heißt Kampf um die Eroberung der Mehrheit des Stadt- und Landproletariats. Der Kampf für die Gewinnung des Landproletariats erfordert den besonderen Verhältnissen entsprechend besondere Methoden. Unser Hauptfeind in den Dörfern mit rein ländlicher Bevölkerung ist der Nationalfaschismus. Seine Stützpunkte sind hier die Sport- und Militärvereine und der Landbund. Tagtäglich werden die Kleinbauern und Landarbeiter mit radikalen Phrasen umworben und für die kapitalistischen Interessen eingefangen. Die Erfahrungen im nördlichen Niederdeutschland im Kampf gegen den Faschismus auf dem Lande haben uns gezeigt, daß die bloße Aufklärungsarbeit, die ideologische Waffe allein nicht genügt. Bei unserer Landpropaganda finden wir in jeder Bauern- und Landarbeiterwohnort Anknüpfungsmöglichkeiten. Der in tausend Nöten Lebende und um seine Existenz ringende Landprolet sucht hilfsbereite Bundesgenossen, und das können nur die Kommunisten sein. Wir müssen in täglicher Kleinarbeit die Interessen des Einzelnen auf den Arbeitsämtern, den Stempelstellen, den Wohlfahrtsämtern, den Finanzämtern usw. vertreten. Die Besucher unserer eingerichteten Sprechstunden sind zu über 50 Prozent Landente. Diese Arbeit wird vornehmlich von Kommunalvertretern ausgeübt und ist mit ein wirk-

James Mittel zur Beeinflussung des Landproletariats. Mit Hilfe dieser Waffe schaffen wir uns ein Netz von Vertrauensleuten und Ortsgruppen auf dem Lande. Dieses Netz muß durch Schulungsarbeit zu festen Stützpunkten für die Partei ausgebaut werden. Den faschistischen Terrorakten gegenüber muß die antifaschistische Wehrfront durch die Schaffung antifaschistischer Arbeiterwehren organisiert werden. Es zeigt sich überall dort, wo wir im schärfsten Kampf mit den Faschisten stehen, daß unser Einfluss wächst und daß zwischen die bürgerlichen Mittelparteien und besonders die Sozialdemokratie fast vollständig aufgegeben werden. So war die letzte Werbelampagne der SPD. auf dem Lande im nördlichen Niederdeutschland eine große Pleite. Trotz größter Bemühungen und Unkosten gelang es ihr selten, einige Arbeiter in die Versammlung zu locken. Nichtsdestoweniger gilt es jetzt, wo sich die politische Situation verschärfert, unsere ganze Kraft gegen die grausame Gefahr des Faschismus einzusetzen. Dazu ist unbedingt wichtig, daß wir mit der gleichen Aktivität den schonungslosen Kampf führen gegen die dem Faschismus wegberaubende sozialdemokratische Führerelite. In den Gewerkschaften und Massenorganisationen muß die Arbeiterschaft aufgerüttelt und eingereicht werden in die revolutionäre Front gegen den Faschismus.

## Breslauer Fußballgesellschaftsspiele

- Heute, Mittwoch
- 18.00: Einigkeit III — Stern III, Mochbern, Lindner  
Freitag
- 17.30: Einigkeit Schüler — Stern Schüler, Mochbern, Berdn.  
18.30: Einigkeit 1. Jgd. — Stern 1. Jgd., Mochbern, Gramer.
- Sonnabend
- 18.30: 1930 I — Heria Iomb., Mariahöfchen, Mütter.  
17.00: 1930 II — Heria III, Mariahöfchen, Bogriffe.  
18.30: Blau-Weiß I — Bratislawia I, Vorwärts-Platz, Lange Gasse, Bornbdt.
- Sonntag
- 15.00: Südost II — Sportfreunde, Klettendorf, Kaiser.  
17.00: Südost Ib — Sportfreunde I, Klettendorf, Simon.  
17.00: Lanisch I — Heria II, Lanisch, Kulla.  
18.00: Dswh I — Falke I, Dswh, Echner.  
10.00: Dswh II — West II, Dswh, Reife.  
18.30: VfB. I — Heria I, Oltaschin, Ritter (Süd).

**Wandeleihhaus Grundmann**  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

## F Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

<p><b>Strehlen</b></p> <p>Kauft im Central-Kaufhaus Strehlen 12765</p> <p>Besucht die Vereinigten Lichtspiele 12864</p> <p>Max Kalke, Ring 25 Bekleidung 12244</p> <p>Kleiderstoffe / Wäsche / Konfektion Fritz Grundmann, Ring 30 12247</p> <p>Man kauft gut im Schuhhaus Kunte, Kl. Kirchstraße 1 12562</p> <p><b>Patschkau</b></p> <p>Brillen-Lieferant aller Krankenkassen Fachmännische Bedienung Optiker PAUL SCHÜBERT, Ring 16 Schleiferei mit Motorbetrieb 13215</p> <p>13216 Brot-, Weiss- und Feinbäckerei ERNST WISCHKA, Frankensteiner Str. 47</p> <p><b>Stadt-Apotheke</b> Ring 13 13217</p> <p>Mehl und Kolonialwaren 13218 ALFRED GIERBIG, Ring 201</p> <p><b>Roßhändlererei P. IMMIG</b> Breslauer Str. 128 13219</p> <p>Paul Neumann 13220 Damen- u. Herrenkonfektion, Manufakturwaren Wäsche, Trikots, Einkaufsquelle der Arbeiter</p> <p><b>Hausfrauen!</b> Kauft Kolonialwaren, Haus- Küchengerät, Schuhe usw. bei EMIL WISTUBA Heußere Glazier Str. 46 13221</p> <p><b>Schweidnitz</b></p> <p>W. Tönsmann, Grabenstraße 1 Motorräder, Fahrräder, Grammophone Legat von circa 300 Markenrädern Kinderwagen 13277</p> <p><b>Rothenbach</b></p> <p>Kauft im Schuhhaus ASSMANN, Hauptstraße 30 13268</p> <p>A. Keschler, Inh. Pan! Rennoch Nr. 24 Fahrräder, Lebensmittel, Haus- und Küchen- geräte, Eiswaren, Leder 13267</p> <p><b>Dittersbach</b></p> <p>ROCHVALD-DROGERIEN Hauptstraße 67a und 123 13493</p> <p><b>Nieder-Salzbrunn</b></p> <p>Lebensmittel, Kolonialwaren, Zigarren, Spirituosen / Robert Bernhard Nachf. / Waldenburger Straße 57 12469</p>	<p><b>Ohlau</b></p> <p>Nähmaschinen :: Fahrräder Paul Frost, Breslauer Chausse 3 12280</p> <p>Ludwig Glogowski Modewaren, Ring 26 12281</p> <p>Bierverlag und Ausschank Adolf Jawiersch, Ring 12 12242</p> <p><b>ENGEL-DROGERIE</b> Mälzerstraße 8 12243</p> <p>Karl Rosseutscher, Breslauer Str. 3 Hüte / Mützen / Herrenartikel 12244</p> <p>G. Lustig, Breslauer Straße 6 Herren- und Knabenbekleidung Schuhe / Wäsche / Trikotsagen 12245</p> <p><b>Feinkosthaus</b> Aug. Unverricht Nachf. Kaffee-Großhandlung — Kolonialwaren Grottkauer Straße 1 12246</p> <p><b>Peisterwitz</b></p> <p>Breslauer Kaufhaus, Inh. P. Schloß Wäsche, Weißwaren, Bettfedern und Isalits Hauptstraße 73 12278</p> <p>Max Kuhnert Hauptstraße 90 Fleisch 12277 u. Wurstwaren Einkaufsquelle der Arbeiter Reserviert</p> <p><b>KAUFHAUS TONDYGROCH</b> Hauptstraße 29 Die Einkaufsquelle der organisierten Arbeiter 12279</p> <p><b>Friedland O.-S.</b></p> <p>Otto Herrmann, Töpferstraße 44 Kurz-, Weiß- und Wollwaren 12213</p> <p><b>Jullenthal, Bezirk Breslau</b></p> <p>„RAUTENKRANZ“ das Verkehrslokal der Arbeiter 12212</p> <p><b>Friedland Bez. Oppeln</b></p> <p>Möbelhaus FRITZ SCHÜBERT Bietet an günstigen Zahlungsbedingungen 13297</p> <p>Julius Sagner's Nachf. M. Hartmann, Kolonial- waren, Schuhwaren — Braunerstraße 18 13296</p> <p>Reserviert für Tascherisch 13295</p> <p><b>Kofzenau</b></p> <p>Fahrräder / Nähmaschinen / Ersatzteile Reparaturwerkstatt Alfred Münch, Bahnhofstraße 7 13222</p> <p><b>Kaufhaus Hermann Krause</b> Manufaktur, Modewaren und Konfektion 13237</p>	<p><b>Glogau</b></p> <p>SCHÖNBORN Preußische Straße 40/41 reinigt färbt plättet 13286</p> <p>EMIL WINKLER Kolonial- und Tabakwaren Lange Straße 21 13283</p> <p>Brot-, Weiß- und Feinbäckerei ERICH LINDNER Lange Straße 17 13282</p> <p>K. Maiwald Mühlstraße 1 Zigaretten 13285 Zigarren, Tabake</p> <p>Herren- und Knabenbekleid. Adolf 13276 Kreutzberger Markt 18</p> <p>Alfred Jenzen Mälzerstraße, Ecke Mohrenstraße Damenhüte / Trauerkonfektion 13281</p> <p>PAUL KURZKE Mälzerstraße 41 Schuhwaren aller Art 13280</p> <p><b>Pietrkowski</b> Seit 35 Jahren Qualitätswaren immer am billigsten 13279</p> <p>Reserviert 318 13278</p> <p>Reserviert 1001 13277</p> <p><b>Waldenburg-Sandberg</b></p> <p>Sandberger Kaufhaus Inh. August Bolla / Waldenburger Str. 17 13294</p> <p>Im Kaufhaus W. Rahmer Friedländer Straße 28 kauft man gut und billig 13292</p> <p><b>Waldenburg</b></p> <p>Möbelhaus Fischer Hermannstraße 40 13293 Neu eröffnet!</p> <p><b>Nied.-Hermsdorf</b></p> <p>Kauft bei SCHÄFFER, Glückaufstraße 21 13292</p> <p>IDA ZWIENER / Hauptstraße 29 Kette — Partiewaren — Bettfedern Kein Laden 13295</p>	<p><b>Gottesberg</b></p> <p>ARBEITER kauft eure Kolonialwaren, Zigarren und Spirituosen bei PAUL FEIGE Gottesberg, Grüssauer Straße 4 Filiale Friedland 13471</p> <p>Obst, Gemüse, Südfrüchte, Molkereiprodukte Rudolf Hon dl, Niederstr. 36 13472</p> <p>GUSTAV STELZER, Mittelstr. 23 Filiale Fürstensteiner Straße ff. Fleisch- und Wurstwaren 13298</p> <p>Kunstglaserie und Wirtschaftsartikel Walter Beck, Markt 9 13473</p> <p>EDUARD GOERSCH Buchbinderei u. Papierhandlung Markt Nr. 16 13474</p> <p>Verkehrslokal „DEUTSCHE HALLE“ Topfmarkt 13475</p> <p>ff. Rohfleisch und Wurstwaren KARL MARTIN, Filiale Friedland Fürstensteiner Straße 33 13476</p> <p>Möbel, reell und preiswert G. Thient, Inh. Fr. Franke Fürstensteiner Straße 19 13477</p> <p>TRINKT MILCH aus der Gottesberger Molkerei Schützenstraße Nr. 12 13456</p> <p>Gut und billig kaufen Sie in RUFFERS RESTEHAUS Inh. E. Schmidt, Bahnhofstraße 45 13457</p> <p>Kauft bei Leonhardt eure Rauchwaren Fürstensteiner Straße 38 13458</p> <p>Reserviert 29 13459</p> <p><b>Wüsteglersdorf</b></p> <p>WILHELM HAIN, Schuhmachermeister Maßanfertigung und Reparaturwerkstatt Hauptstraße 9 13291</p> <p>GOTTHARD GILLERT Hauptstraße 19 Kolonialwaren, Weine, Spirituosen 13290</p> <p>GEORG WIESNER / Auenstraße 6 Lebensmittel — Feinkost Landesprodukte 13299</p> <p>Schützenghaus Kaltwasser Beliebte Ausflugslokal Sonntags Taus 13258</p>	<p><b>Wüsteglersdorf</b></p> <p>Schuhhaus Eduard Scholz vormals E. Scholz Erben 13270</p> <p>Ältest. Uhrenhaus Albert Fischer Hauptstr. 55 13288</p> <p>Ernst Kramer ff. Fleisch- und Wurstwaren Hauptstraße 60 13282</p> <p>Paul Scholz, Schlossermeister Fahrräder, Nähmaschinen und Reparatur- werkstatt Hauptstraße 77 13285</p> <p>GASTHOF ZUR HOFFNUNG Jeden Sonntag großer Tanzbetrieb Hauptstraße 91 13286</p> <p>Brot- und Feinbäckerei Bruno Kinze, Hauptstraße 85 13283</p> <p><b>Ober-Wüsteglersdorf</b></p> <p>Leinen- und Baumwollwaren kaufen Händler und Private preiswert im Wüsteglersdorfer Leinenhaus E. WUNSCH Eigene Fabrikation 13280</p> <p>Kolonialwaren, Spirituosen, Tabake Adolf Stache, Hauptstraße 139 13259</p> <p>ERNST TEICHMANN Hauptstraße 1 Kleiderstoffe, Bettwäsche Haus- und Küchenwäsche Trikotsagen 13261</p> <p><b>Legnitz</b></p> <p>Max Futter Ring 9/10 ist billig 12891</p> <p>Konditorei und Bäckerei Fritz Hocke Goldbergerstr. 26 13283</p> <p>Reserviert</p> <p>EUGEN PASSON Inh. Gebrüder Boecker Fleischerei und Wurstfabrik Frauenstraße 50 Telephon 2353 13292</p> <p>Brot- und Feinbäckerei ANTON KUHN Wilhelmstraße 11 13290</p> <p>Fleisch- und Wurstwaren Carl Linke Kohlmarkt 7 13289</p>
--	---	---	--	--